Nr. 206 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 9. September 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Der polnische Paktvorschlag eingebracht

Vorläufige Geheimhaltung des Inhalts — Aussichtsreiche Unterstützung durch andere Mächte — Die baltischen Staaten für den polnischen Vorschlag

Frankreichs Genfer Aktion

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Anfang September 1927.

Außer der achten Völkerbundsversammlung haben in Genf im September drei weitere Zusammenkünfte stattzufinden, deren Einberufung in den Händen des Völkerbundssekretariats liegt: Am 14. September vereinigt sich die Kontrollkommission, am 19. September das Komitee für den Austausch von Sanitätsbeamten (dieses Komitee wird in Berlin tagen), und am 28. September beginnt die zehnte außergewöhnliche Sitzung des Opium-Komitees.

Nicht einmal so sehr die jetzige Tagung des Völkerbundes lenkt das Hauptaugenmerk auf sich als die deutsch-französischen Verhandlungen, die im Hintergrund geführt werden.

Nachdem 1924 die ganze Welt erregt auf Genf sah, wo durch die Besprechungen zwischen Herriot und Mac Donald die Basis für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund geschaffen wurde, erlebte der Völkerbund 1925 ein erstes Mal eine jener ruhigen Sitzungen, die ihm nach Ansicht vieler Fachleute stets beschieden sein sollten. Es lenkte oft von den eigentlichen Aufgaben des Völkerbundes ab, daß der Lärm der um Deutschlands Eintritt in die Gemeinschaft der Nationen geschlagen wurde, den Anschein erweckte, es gebe nur noch Deutschland und Frankreich in der Welt. Der gleiche Eindruck hatte ja bereits vor einer Woche bei der Pariser Tagung der Interparlamentarischen Union entstehen können. Er wurde unterstrichen, allerdings in einer für uns Sozialisten nur erfreulichen Art, durch die Handhabung der Begrüßung der Interparlamentarischen Union seitens des französischen Republik-Präsidenten Gaston Doumergue. Bei dem Empfang im „Elysee" hatten sich die verschiedenen parlamentarischen Delegationen in alphabetischer Reihenfolge nach der französischen Ordnung aufzustellen. Solange Abessinien noch keine Delegation zur Interparlamentarischen Union entsendet, kommt „Allemagne", also Deutschland, an erster Stelle. Doumergue ging demgemäß bei der Begrüßung zuerst auf die deutsche Gruppe zu und war dabei besonders erfreut, den Genossen Paul Löbe wiederzusehen, der schon einmal vor zwei Jahren bei ihm war, als sich die französische Regierung gewissermaßen dafür entschuldigen mußte, daraufhin gewirkt zu haben, daß Löbe seine angesagte Rede damals nicht hielt. Dann machte der Republik-Präsident die Runde aller Delegationen bis zur Tschechoslowakei, die im Alphabet als letzte kam. Aber danach verließ er noch nicht das Empfangszimmer, sondern er ging erneut auf die deutsche Delegation zu und sagte: „Wir Franzosen wollen eine wirkliche Friedenspolitik führen. Wir wünschen nichts aufrichtiger als eine Verständigung des deutschen und des französischen Volkes. Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern das sage ich aus ganzem Herzen und mit vollster Ueberzeugung". Würde wohl je der deutsche Reichspräsident Hindenburg gleiche Worte gegenüber französischen Delegierten in Berlin gefunden haben?

„Kein bloßes Lippenbekenntnis"? Dann muß jetzt hier in Genf der Beweis dafür erbracht werden, nachdem sehr wahrscheinlich das Außenministerium schon den Herrn Senator Henry de Jouvenel für die Erwiderung, die er auf Löbes Pariser Rede gefunden hatte, energisch zurechtwies. Die Rede de Jouvenels darf nicht glauben machen, daß auch Briand von dem Gedanken einer Rheinlandräumung langsam Abstand zu nehmen suche. Was de Jouvenel in Paris verzapfte, wird sogar in glattem Gegensatz zu dem stehen, was Briand jetzt im französischen Senat de Jouvenel als Gegner entstanden ist, das heißt ein Mann, dessen politische Karriere zur Neige geht, der, wie „Le Soir" schreibt, „eine schöne Zukunft hinter sich hat", wird der französische Außenminister alles aufbieten, um von der de Jouvenel-Dilettanten-Politik möglichst abzurücken, wie dies bereits in sämtlichen französischen Linkszeitungen, wo de Jouvenel poincaristischer als Poincaree genannt wurde, geschehen ist.

Wieder einmal wird ein außerhalb der Völkerbundstagung liegendes Thema, nämlich die Rheinlandräumung, die Welt mehr in Atem halten als die Tagung selbst. Erst wenn der deutsch-französische Konfliktsstoff ganz verschwunden ist, wird sich der Völkerbund in größter Ruhe anderen Aufgaben widmen können.

Kurt Lenz.

Sejmzusammentritt am 22. September

Warschau. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der endgültige Termin für die Einberufung des Sejms auf den 22. September festgesetzt worden.

Genf. Die gestern abend völlig unerwartet bekannt gewordene Tatsache, daß der Antrag der polnischen Delegation nach Umarbeitung durch das juristische Komitee am Donnerstag von einer Gruppe von Mächten eingebracht wird, bedeutet gegenwärtig eine völlige Aenderung der Situation. Der jetzt neu hergestellte Text des Resolutionsentwurfes wird von allen beteiligten Delegationen auf das strengste geheim gehalten, doch ist bekannt geworden, daß der Entwurf den Sicherheitsgedanken auf eine breitere und allgemeinere Basis stellt und grundsätzliche, allgemeine Friedenssicherungen sämtlicher Mitglieder des Völkerbundes untereinander enthält. Falls diese Resolution von der Vollversammlung angenommen werden sollte, muß in notwendiger Folge das Abrüstungsproblem eine neue Behandlung erfahren. Eine von sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes angenommene Entschließung über eine neue und allgemeine Sicherung des Friedensgedankens muß unabweislich als erster Schritt zu der nachfolgenden allgemeinen Abrüstung derjenigen Mächte führen, die bisher sich einer Durchführung der Abrüstung entzogen haben, obwohl durch den Versailler Vertrag die deutsche Abrüstung nur als Einleitung der allgemeinen Abrüstung ausdrücklich erklärt worden ist.

*

In Berliner politischen Kreisen lehnt man vorläufig eine Stellungnahme zu diesen Genfer Meldungen ab, da sich die einzelnen Mächte zu strengster Verschwiegenheit über die Einzelheiten des polnischen Vorschlages verpflichtet haben. Immerhin verlautet soviel, daß die deutsche Delegation nur einer Formulierung ihre Zustimmung geben könne, die die berechtigten Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes berücksichtige. Unter allen Umständen wird deutscherseits darauf geachtet werden, daß nichts unter dem Titel neuer Friedenssicherungen der von polnischer Seite immer wieder unternommene Versuch einer Stabilisierung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Grenzverhältnisse im Osten zu schaffen, verwirklicht werden kann. Deutschland, das der ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Abrüstung aufs genaueste nachgekommen ist, wird andererseits alle Bestrebungen unterstützen, die die völlige Abrüstung der anderen bisher noch waffenstarrenden Mächte sicherstellt. Auf alle Fälle wird man gegenüber dem aus französischer und polnischer Quelle stammenden Versuchsballons äußerste Zurückhaltung üben müssen. Auf die Rheinlandsräumung hat Deutschland auf Grund des Artikels 431 des Friedensvertrages ohnehin einen unwiderlegbaren Rechtsanspruch. Eine Verquickung der Frage der Rheinlandsräumung mit den polnischen Wünschen würde in der deutschen Oeffentlichkeit nicht verstanden werden.

Deutsche Zustimmung?

Die deutsche Delegation zu dem abgeänderten Entschließungsentwurf

Genf. Die deutsche Delegation, die gestern abend zu einer Besprechung zusammengetreten war, hat den Bericht des Ministerialdirektors Dr. Gauß über die gestrigen Verhandlungen der drei juristischen Sachverständigen entgegen genommen. Die Delegation ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß der vorliegenden Entschließung, die das Ergebnis der Verhandlungen der juristischen Sachverständigen über den ursprünglichen polnischen Entwurf darstellt, zugestimmt werden kann.

Von seiten der deutschen Delegation wird darauf hingewiesen, daß der Entschließung angesichts der gegenwärtigen europäischen Situation, die vielfach Konfliktstoffe in sich berge, eine gewisse moralische Bedeutung beizumessen sei. Die Entschließung bringe den unbedingten Willen zum Frieden sowie die Verwerfung des Angriffskampfes als Mittel zur Aenderung der politischen Lage zum Ausdruck, und lege eine friedliche Regelung der zwischen den Staaten entstehenden Differenzen fest. Gegenüber dem Stillstand und Rückschlag, der in der letzten Zeit in der Abrüstungsfrage eingetreten sei, werde die Entschließung den Friedenswillen der 47 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zum Ausdruck bringen. Es wird hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß der englische und französische Außenminister öffentlich erklärt hätten, daß die von der deutschen Regierung beim Abschluß des Locarnopaktes abgegebenen Garantien für den Osten und Westen völlig genügend wären und neuer Garantien durch Wiederbelebung des Genfer Protokolls nicht bedürften.

Warschau zum Paktvorschlag

Warschau. Das Kommuniquee des Außenministeriums über die Richtlinien des polnischen Vorschlages in Genf hat in sämtlichen rechtsstehenden und auch bei einigen der Regierung nahestehenden Blättern wegen der erst jetzt erfolgten Veröffentlichung große Erregung hervorgerufen. Der konservative „Dzien Polski" greift die Regierung heftig an und sagt, es sei verwunderlich, daß das Außenministerium es erst jetzt für angebracht gehalten habe, die polnische Presse von diesem Schritt zu unterrichten, nachdem die westeuropäischen Zeitungen bereits vor Tagen über die Absichten der polnischen Regierung genau informiert gewesen seien, so daß die deutsche Presse dadurch Gelegenheit hatte, in dieser Frage rechtzeitig eine geschlossene Einheitsfront zu bilden. Der „Kurjer Warszawski" mahnt in ironischem Tone zur Geduld und meint, mit der Zeit würden wohl auch nach Warschau einige Nachrichten über den polnischen Nichtangriffspaktvorschlag über Genf, Wien, oder gar Berlin durchdringen.

Die baltischen Randstaaten für Unterstützung des polnischen Vorschlags

Genf. Die Delegationen Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens haben einen Gedankenaustausch über die die baltischen Randstaaten allgemein berührenden Probleme durchgeführt. Wie verlautet, wurde eine Uebereinkunft zwischen den Delegierten der vier Staaten dahin erzielt, daß der polnische Resolutionsantrag von den Randstaaten einheitlich unterstützt werden wird. Die Stellungnahme Lettlands und Finnlands ist bereits in den Reden der Tagung zum Ausdruck gekommen, in denen sich die Delegierten beider Länder dem polnischen Standpunkt in ihren Gedankengängen näherten.

Für Donnerstag ist auch eine Zusammenkunft zwischen dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch und dem bulgarischen Außenminister Burow vorgesehen. Marinkowitsch wird dann zur Teilnahme an den Wahlen nach Belgrad abreisen. Der Zeitpunkt seiner Rückkehr steht noch nicht fest.

Das polnische Projekt und die polnischen Minderheiten

Riga. Wie aus Moskau berichtet wird, hat in dortigen diplomatischen Kreisen das polnische Garantieverlangen in Genf das größte Aufsehen erregt. Eine Stellungnahme der Sowjetregierung hierzu liegt jedoch bisher nicht vor, da sich die Regierung um die russisch-polnischen Verhandlungen nicht zu gefährden, größter Reserve befleißigt. Wie verlautet, haben jedoch inzwischen die ukrainische Regierung und die weißrussische Regierung ihrer Besorgnis über das polnische Paktangebot in Moskau Ausdruck gegeben und auf die Gefahren hingewiesen, die ein etwaiger Erfolg des polnischen Projektes für Sowjetrußland haben würde. Die ukrainische Regierung hat, wie versichert wird, besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der polnische Vorschlag geeignet sei, die freundschaftlichen Beziehungen Sowjetrußlands zu Polen auf das schwerste zu gefährden. Der polnische Vorschlag lief darauf hinaus, daß die in Polen lebende ukrainische Minderheit endgültig zu Polen geschlagen und damit 3 900 000 Ukrainer auf alle Zeit unter polnische Diktatur gestellt würden. Ebenso hat die weißrussische Regierung ihre Bedenken dahin formuliert, daß Weißrußland sich mit einer etwaigen Annahme der polnischen Vorschläge in Genf auf keinen Fall abfinden könnte, da hierdurch 1 100 000 Weißrussen unter dauernde polnische Herrschaft kämen. Beide Erklärungen haben in Moskau sichtlich großen Eindruck gemacht. Man erwartet, daß der polnische Vorschlag die russisch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Garantiepaktes bedeutend erschweren wird. Eine offizielle Stellungnahme wird für die nächsten Tage erwartet.

Unruhen bei Mailand?

Paris. Wie der Mailänder Sonderkorrespondent des „Temps" seinem Blatt meldet, ist Dienstag Carabinerie in mehreren Lastautomobilen aus Mailand nach Rescaldina entsandt worden, um dort eine Revolte zu unterdrücken. Die Unruhen sollen dadurch hervorgerufen worden sein, daß die Menge einen Trunkenbold vor der Festnahme durch die Polizei schützen wollte. 24 Stunden lang soll die Bevölkerung Herr der Straße gewesen sein. Gegen die einrückende Truppe und die Regierung sei lebhaft demonstriert worden. 35 Ruhestörer sollen verhaftet worden sein.

Faschistische Stinkbomben

Prag. Mittwoch Abend kam es in einer Wahlversammlung der tschechischen Nationalen Arbeiterpartei als Auftakt zu den Gemeindewahlen zu recht stürmischen Szenen. Faschisten versuchten in großer Zahl die Versammlung zu sprengen, warfen Stinkbomben und Knallerbsen in den Saal, wurden aber schließlich von Ordnern und Polizei entfernt und zum Teil verhaftet.

Der Fall Rakowski

Obwohl der Fall Rakowski amtlich als erledigt betrachtet wird, besteht der ihm zu Grunde liegende Konflikt weiter fort, und es ist zu erwarten, daß bis zu den Wahlen noch eine Reihe von Zwischenfällen eintreten werden, die dem Botschafter Schwierigkeiten machen werden. Schon die Tatsache, daß alle Teile Erklärungen abgegeben haben, in denen die Schlußfolgerung offen gelassen ist, gibt zu denken. Herr Briand nimmt zwar die Desavouierung des Botschafters durch seinen Moskauer Chef zur Kenntnis, es fragt sich aber, ob es sich wirklich um eine solche handelt, oder ob nur eine scharfe Instruktion vorliegt, worüber man jedenfalls streiten kann. Hätte die französische Regierung die Demission des Botschafters gewünscht, so wäre diese erfolgt, das ist klar. Statt dessen hat sich der Quai d'Orsay damit begnügt, die Geschichte des Falles von Etappe zu Etappe zu veröffentlichen, was wohl so zu deuten ist, daß sie zwar den Eindruck nicht missen wollte, den das Vorgehen der französischen Regierung auf die gegen den Kommunismus aufgebrachte Oeffentlichkeit machen muß, daß sie aber andererseits die Abberufung Herrn Rakowskis nicht fordern wollte. Denn diese Abberufung hätte den ersten Schritt zum Bruch bedeutet. Moskau hätte kaum einen neuen Botschafter, sondern wohl nur einen Geschäftsträger entsandt, was schon eine enorme Verdünnung der diplomatischen Beziehungen bedeutet hätte.

Es scheint uns sicher, daß für Moskau der Fall erledigt ist. Ist dasselbe für Frankreich der Fall? Die Fragestellung lautet, ob ein Botschafter, der von seiner Regierung angeblich desavouiert ist, auf seinem Posten verbleiben kann. Diese Frage wird zunächst einmal ein eiserner Bestand der auf den Bruch hinarbeitenden Presse bleiben. Wichtig wäre nun zu wissen, ob die amtlichen Stellen diese Fragestellung der Presse als Weisung gegeben haben, in der Erwartung, daß die Kampagne der Blätter den Rest besorgt und eine Demission erzwingt, für die man höheren Orts die Verantwortung nicht zu tragen wagt. Dies wäre immerhin möglich, und zwar schon deswegen, weil der ganze Fall nicht nur der Bearbeitung des Quais d'Orsay unterliegt, von dem augenblicklich die meisten verantwortlichen Männer abwesend sind, sondern auch dem Zugriff des Innenministeriums und der Polizei ausgesetzt ist. Wird das auf friedliche Beziehungen zu Rußland eingestellte Außenministerium dem Druck der innerpolitischen Bestrebungen widerstehen? Und wird Herr Rakowski die Zeit bis zu den Wahlen aushalten können? Das sind die beiden Fragen, von deren Beantwortung die französischen Beziehungen zu Rußland im Augenblick abhängen.

Sozialistenverfolgung in Italien

In Riccione wurde am 23. August die über siebzigjährige Genossin Vittoria Mariani verhaftet und ihre dortige Sommerwohnung einer eingehenden Hausfuchung unterworfen. Die Polizei förderte unter der tapferen Führung eines Oberfeldwebels Quilichini folgende schwer belastende Dokumente zutage: einen Brief und eine Postkarte gezeichnet Olinto, sieben Briefe des ehemaligen maximalistischen Abgeordneten Genossen Nobili, zwei Anschriften von Briefen an denselben, und drei Exemplare des Aufrufs des Antifaschistischen Blocks der Emigranten. Nach der Feststellung derart staatsgefährlicher Umtriebe mußte die siebzigjährige Frau natürlich verhaftet werden. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sie auf Grund des Gesetzes zum Schutz des Staates verurteilt oder von der hierzu befugten Verwaltungskommission ohne Richterspruch auf die Verbannungsinseln im Mittelmeer geschickt wird.

Noch kein Termin für die Genfer Ratswahl

Genf. Ueber die bevorstehenden Wahlen zum Völkerbundsrat finden gegenwärtig zwischen den einzelnen Delegationen lebhafte Verhandlungen statt. Die Kandidatur Finnlands hat in den letzten Tagen die Unterstützung einer größeren Zahl von Delegationen gefunden. So werden aller Voraussicht nach für die Kandidatur Finnlands außer den skandinavischen und baltischen Staaten auch die französische Delegation und die Delegationen der Balkanstaaten eintreten. Ferner setzt sich die polnische Delegation für die finnländische Kandidatur ein. Die Kandidatur Griechenlands hat bisher die bestimmte Unterstützung der italienischen Delegation. Es verlautet ferner, daß auch die englische Delegation die griechische Kandidatur unterstützt. Ein Termin für die Vornahme der Ratswahlen durch die Vollversammlung ist bisher noch nicht festgesetzt worden.

Die britischen Gewerkschaften gegen Rußland

Der Generalrat der englischen Gewerkschaften fordert Abbruch der Beziehungen zu den Sowjetrussischen Gewerkschaften

London. Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat dem Gewerkschaftskongreß in Edinburgh den Vorschlag unterbreitet, die Beziehungen zu den sowjetrussischen Gewerkschaften abzubrechen.

Der Vorschlag des Generalrates, der in der morgigen Vollsitzung erörtert werden wird, muß als das Ergebnis der von Moskau seit langem versuchten Beeinflussung der britischen Arbeiterführer gewertet werden. Der Generalrat hat dem Kongreß gleichzeitig Mitteilung von einem Telegramm des Allrussischen Gewerkschaftsrates gemacht, das an den englischen Gewerkschaftskongreß gerichtet ist und in dem die englischen Gewerkschaften und Arbeiterführer des Verrates beschuldigt werden. Der Generalrat stellt fest, daß keine Anzeichen dafür vorhanden seien, daß der Allrussische Gewerkschaftsrat die Bedingungen annehmen wolle, die notwendig seien, wenn das gemeinsame englisch-russische Beratungskomitee weiter arbeiten solle. Der Allrussische Gewerkschaftsrat ist von der Entscheidung des Generalrates in Kenntnis gesetzt worden.

*

London. Die Verhandlungen des englischen Gewerkschaftskongresses in Edinburgh beschäftigte sich mit einer vom Generalrat eingebrachten Entschließung, die betonte, daß keine Gruppe mehr den industriellen Frieden wünsche als die Arbeiterschaft. Der Kongreß sei jedoch gezwungen, dem Premierminister mitzuteilen, daß das größte Hindernis für die Verwirklichung dieses Zieles u. a. die von ihm und seiner Regierung verfolgte gesetzgeberische und industrielle Politik, sowie besonders die Angriffe auf den Lebensstandard und die Arbeitszeitverlängerung seien. Die sofortige Zurückziehung des Gewerkschaftsaktes würde der beste Beweis für die Aufrichtigkeit Baldwins und seiner Regierung sein, den industriellen Frieden zu verwirklichen.

In der Begründung der Entschließung sagt der Arbeiterführer Bewin, die Arbeiterschaft sei zu der Schlußfolgerung gezwungen, daß hinter den Aufrufen des Premiers, die er augenblicklich im Interesse des industriellen Friedens erlassen habe, politische Motive steckten. Bewin erklärte darauf, das Baldwins Rücktritt das beste Mittel zur Erreichung des industriellen Friedens wäre. Aus den Aeußerungen Baldwins scheine hervorzugehen, daß er absichtlich in der Oeffentlichkeit die Auffassung von der Unnachgiebigkeit der englischen Gewerkschaften aufrecht zu erhalten suche. Demgegenüber betonte er, der Redner, daß die Notwendigkeit für die versöhnliche und schiedsgerichtliche Beilegung von Streitfragen in der Hauptsache von den Gewerkschaften ausgegangen sei. Die Baldwinsche Amtsperiode zeichne sich durch rückschrittlichere Maßnahmen aus als die Amtsperiode irgendeiner anderen britischen Regierung. Auch die übrigen Redner des Gewerkschaftskongresses forderten den Premierminister auf, zum Beweise seiner Aufrichtigkeit den Gewerkschaftsakt rückgängig zu machen.

Die kommunistische Propaganda im französischen Heer

Paris. Seit Wochen werden von kommunistischer Seite in den Kasernen von Versailles unter den Reservisten des 1. Genie-Regimentes Flugschriften verteilt, ohne daß es bisher gelungen wäre, der Propaganda Einhalt zu tun. Nunmehr hat der Platzkommandant die Gerichtsbehörden aufgefordert, sich der Angelegenheit anzunehmen.

In Toulon wurde ein Barbesitzer wegen Verteilung antimilitärischer Flugblätter an Matrosen zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Saarregierung in Genf

Genf. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Genf sind der Vorsitzende der Saarregierung, Sir Ernst Wilton, das saarländische Regierungsmitglied Coßmann und das französische Mitglied Morize am Mittwoch in Genf eingetroffen. Präsident Wilton dürfte zu informatorischen Zwecken gekommen sein, hauptsächlich wegen der Wirtschaftslage. Für Sonntag wird in Genf eine Delegation aus dem Saargebiet unter Führung von Röchling erwartet.

Ein polnischer Protest in Berlin

Berlin. Im Auswärtigen Amt ist eine Note des Berliner polnischen Gesandten eingegangen, in der gegen einen tätlichen Angriff auf die Frau eines Beamten des polnischen Konsulates in Schneidemühl protestiert wird. Der Sachverhalt wird von zuständiger Stelle gegenwärtig geprüft.

Die deutsch-belgischen Enquete-Verhandlungen

Berlin. An zuständiger Stelle wird erneut darauf hingewiesen, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Frage der Franktireurenquete in Genf noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Die Besprechungen hierüber sind eingeleitet. Eine Entscheidung in der Angelegenheit steht jedoch noch aus. Wie hierzu versichert wird, ist die Initiative zu diesen Verhandlungen nach dem bekannten ablehnenden Beschluß des belgischen Kabinetts in Genf von belgischer Seite ausgegangen. Belgien scheint also Wert darauf zu legen, Deutschland zu einer Zustimmung der Vertagung der Enquete zu veranlassen.

Die Danziger Polen an den Völkerbundskommissar

Danzig. Die polnische Gruppe im Danziger Volkstag hat an den Völkerbundskommissar van Hamel in Danzig eine Denkschrift abgesandt mit dem Ersuchen, sie dem Völkerbund in Genf zu überreichen. Diese Denkschrift beschäftigt sich mit der angeblich traurigen Lage der polnischen Minderheit in Danzig. In der Denkschrift wird behauptet, daß die Bestimmungen der Danziger Verfassung über das Minderheitsschulwesen nicht eingehalten werden. Der Inhalt der Denkschrift beschränkt sich jedoch in diesem Punkt auf Klagen über angeblich hygienisch ungenügende Schulräume und darüber, daß zum Beispiel einige Schulkinder einen täglichen Schulweg von drei Kilometern hätten. Anscheinend handelt es sich bei der Denkschrift in erster Linie um eine Wahlpropaganda, denn in der Denkschrift wird der Beweis für eine Verletzung der Verfassung nicht angetreten.

Kämpfe zwischen Hindus und Moslems

Bombay. In Nagpur ist es zwischen Hindus und Moslems zu ernsten religiösen Kämpfen gekommen. Da sich die verfügbaren Polizeikräfte als ungenügend erwiesen haben, sind von Kamptee Truppen herbeigerufen worden, um die Ordnung wiederherzustellen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden 15 Personen getötet und über 100 mehr oder minder schwer verwundet.

Die rumänisch-ungarischen Streitfragen

Genf. Im Laufe des gestrigen Tages fanden längere Verhandlungen zwischen Chamberlain und dem ersten ungarischen Delegierten, Grafen Apponyi, über die Regelung der rumänisch-ungarischen Streitfragen statt. Apponyi hatte Chamberlain den Vorschlag gemacht, zunächst ein Gutachten des Haager internationalen Schiedsgerichtshofes herbeizuführen, ob der im Vertrag von Trianon eingesetzte gemischte ungarisch-rumänische Schiedsgerichtshof in Paris für eine Entscheidung über die Entschädigungsklage der ungarischen Optanten gegen Rumänien zuständig sei. Sollte der Haager Schiedsgerichtshof die Zuständigkeit des gemischten Schiedsgerichtes verneinen, so würde die ungarische Regierung ihre Klage zurückziehen. Chamberlain erklärte sich mit dieser Regelung der Angelegenheit einverstanden und wird diesen Antrag auf einer der nächsten Sitzungen dem Völkerbundsrat zur Entscheidung vorlegen. Der Rat wird den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag bitten, das Gutachten möglichst bis zur Dezembertagung des Rates fertigzustellen. Die Entscheidung wird der Rat dann in seiner Dezembertagung fällen.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

41)

Er mußte in Scotland Yard Arbeit verrichten, denn sein Büro war gegenwärtig die Zentrale eines Nachrichtendienstes, wo seine Leute alle halbe Stunden Bericht erstatteten. Kurz nach acht Uhr meldete der Detektiv, der Colville Gardens beobachtete, daß ein Fremder im Haus vorgesprochen und Einlaß erhalten hatte. Um halb neun berichtete er, daß der Besucher das Haus noch nicht verlassen habe. Um neun und halb zehn wurde diese Mitteilung wiederholt.

Der Wetter Long wußte, daß Miß Revelstoke mit Henry speiste. Durch eine Nachfrage hätte er herausfinden können, wie weit die Mahlzeit fortgeschritten war, denn auch von dieser Stelle waren die Berichte genau. Er legte den Hörer nieder und sandte nach dem Wachtmeister Rouch.

Abendbesucher in Miß Revelstokes Haus waren nicht ungewöhnlich. Nora Sanders hatte wahrscheinlich eine Reihe von Freunden, von denen er nur wenig wußte. Er erinnerte sich, daß sie ihm einmal erzählt hatte, sie nähme spanische Stunden, und das Erscheinen eines Mannes, wie ihn der Beobachter beschrieb, war nicht beunruhigend. Doch . . .

Kriminalwachtmeister Rouch trat ein.

„Wir wollen eine kleine Fahrt nach Colville Gardens unternehmen, Rouch," sagte der Wetter und erzählte ihm über den Besucher.

„Vielleicht ihr junger Mann," meinte Rouch, indem er behilflich sein wollte.

„Er ist ein Mann mittleren Alters und nicht besonders anziehend," entgegnete der Wetter kühl. „Er ist ebensowenig ihr junger Mann, wie Sie es sind."

„Oder Sie, Inspektor," meinte Rouch. „Sie ist ein sehr nettes Mädchen. Sie kann sich mit all diesem Geld sehr gut verheiraten. Vielleicht einen Herzog oder irgendetwas Aehnliches. Es wird überhaupt Zeit, daß einige der Herzöge englische Mädchen heiraten, besonders da die amerikanischen Erbinnen hinter ihre Schliche gekommen sind."

„Es scheint, daß Sie die Sonntagszeitungs-Beilage gelesen haben," sagte der Wetter ernst.

Sie gingen zusammen die breite Treppe in den Hof des Polizeigebäude hinunter und wandten sich der Whitehall zu. Es dämmerte bereits, und als sie am Rande des Fußsteiges standen, sahen sie einen Wagen mit hellen Lichtern schnell die Whitehall direkt am Trottoir hinunterfahren.

„Der Kerl fährt zu schnell," äußerte Rouch mißbilligend. „Und noch dazu auf der Innenseite."

Der Wagen befand sich ungefähr ein Dutzend Yards vor ihnen, als der Wetter Long plötzlich seinen Untergebenen erfaßte und ihn zurückriß. Es war auch die höchste Zeit, denn der Wagen, der ein Tempo von fünfzig Meilen die Stunde hatte, wurde plötzlich nach links geworfen, fuhr auf den Fußsteig auf und verfehlte die beiden Männer nur um Haaresbreite. Die Bremsen wurden angezogen, und der glänzende Motor fuhr auf das eiserne Geländer hinter ihnen. Es war ein äußerst gefahrvoller Augenblick, denn der scharfe Rand des Schutzbleches hatte den Aermel des Wetters zerrissen.

Ein Schutzmann kam über die Straße herbeigeeilt, an diesen wandte sich der Wetter Long.

„Nehmen Sie den Mann fest," sagte er, auf den Wagenführer deutend, „und behalten Sie ihn in Gewahrsam, bis Sie von mir hören!"

Dann faßte er den erstaunten Rouch am Arm und lief nach Scotland Yard zurück.

Das grimmige Polizeigebäude hat zwei Eingänge, den einen in Whitehall und den andern am Thams Embankment. Rouch war erstaunt, als sie durch den einen Eingang gingen und sich dem Torbogen zuwandten, der nach dem Embankment führt.

„Gehen Sie vrwärts!" sprach der Wetter durch die Zähne. „Gehen Sie ruhig weiter!"

„Aber was . . ."

„Fragen Sie nicht erst, sondern machen Sie, was ich Ihnen sage, und seien Sie bereit zu springen!"

Sie waren jetzt auf dem Embankment und standen am Rande des Fußsteiges, als wenn sie eine Autodroschke anrufen wollten. Während sie warteten, sah der Wetter, wie ein großer Wagen von der Richtung des House of Commons herankam und mit jeder Sekunde die Geschwindigkeit erhöhte. Das Geräusch des Motors übertönte den übrigen Verkehrslärm.

Er kam immer näher und immer schneller heran.

„Springen Sie!" schrie der Wetter Long, und beide sprangen zur Seite.

Die Maschine flog auf den Fußsteig, wurde herumgerissen, und unter dem Getöse der platzenden Reifen drehte sie sich so lange, bis der Kopf des Wagens wieder nach der Richtung zeigte, aus der er kam. In der nächsten Sekunde war der Wetter auch schon auf das Trittbrett gesprungen, faßte den Führer am Kragen und zog ihn aus dem Wagen heraus. Den Mann kannte er nicht. Er hatte ein runzeliges Gesicht und war vom Anprall mehr tot als lebendig. Fünf Minuten später saß er auf der eisenumschlossenen Anklagebank und hörte immer noch betäubt und verständnislos der Anklage zu, die vorgelesen wurde.

„An beiden Eingängen von Scotland Yard stand ein Mann, um das Zeichen zu geben, sobald ich herauskam", erklärte der Wetter seinem erstaunten Gehilfen. „Nachdem das Zeichen gegeben worden war, wurden diese Wagen, die ebenfalls warteten, in Gang gebracht, um einen gefährlichen Unglücksfall vorzutäuschen. Die Bande des Schreckens wußte genau, daß ich keinen Wagen hier habe, und daß ich gewöhnlich eine Autodroschke anrufe. Sie hatten wahrscheinlich schon stundenlang auf die Gelegenheit gewartet. Wenn sie mich nicht auf dem Fußsteig gesehen hätten, wären sie mit der Droschke zusammengefahren, in der ich saß, und hätten versucht, mich so aus dem Wege zu räumen."

Sie saßen jetzt in einem Polizeiwagen und fuhren nach dem Westen. Rouch erfaßte die Gelegenheit, um seine eigenen bestimmten Ansichten über die Bande des Schreckens auszusprechen.

„Sie sind zu gewandt für uns, Mr. Long", sagte er. „Gewöhnliche Detektive können die Bande des Schreckens nicht fassen. Das kleine Gemüse, das sie benützt, um ihre schmutzige Arbeit zu errichten, kennt die Meister nicht. Ich möchte wetten, daß Raffy Jones es ebensowenig wie der Mann im Monde weiß, wer ihn zu dieser Arbeit gedungen hat. Wer ist der Professor, von dem er sprach?"

„Der hat Detektivgeschichten gelesen", sprach der Wetter kurz. „Ich bin sicher, ich kenne jedes Mitglied der Bande des Schreckens!"

„Raffy meint . . ." begann Rouch.

„Raffy ist ein Mann, der für ein Glas Bier alles sagen würde", unterbrach der Wetter. „Er hat zehn Urteile und zwei ausgesetzte Urteile gegen sich, und doch spricht er immer noch."

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

100 Kilogramm Schmalz kosten 48 Dollar

Eine verfehlte Wirtschaftspolitik hat das amerikanische Schweinefett bis zu 48 Dollar hinaufgetrieben. Auf dem Weltmarkte kostet das amerikanische Schweinefett 33 Dollar 100 Kilogramm, in Ost-Oberschlesien aber 48 Dollar. In Zloty ausgedrückt erhalten wir nachfolgendes Resultat: 1 Kilogramm amerikanisches Schweinefett kostet in **Kattowitz** 4,34 Zloty, in **Beuthen** kostet dasselbe Schweinefett 2,98 Zloty! Die Differenz beträgt 1,36 Zloty oder um 31 Prozent bei einem Kilogramm. Die schreiende Ungerechtigkeit ist auf die Reglementation zurückzuführen, die durch die Beschränkung der Zahl der Schmalzimporteure noch wesentlich verschärft wurde. In ganz Ost-Oberschlesien ist durch die Anordnung der Regierung die Zahl der Importeure auf ungefähr 10 beschränkt worden. Diese 10 Herren preisen die polnische Regierung bis in den Himmel, weil sie ihnen eine Monopolstellung im Handel verschafft hat. Sie verlangen für das Schmalz so viel sie wollen und geben nur unter Bedingungen ab, wenn andere Artikel gewonnen werden, weil sie wissen, daß die Grenze hermetisch verschlossen ist und sie keine Konkurrenz zu fürchten haben. Es geht bereits ein Gerücht um, daß das Schmalz auf 50 Dollar kommt. Für die Erhöhung des Schmalzes ist der Grund und Boden bereits vorbereitet. Nirgends ist Schmalz vorhanden. Auf den schlesischen Wochenmärkten, wo früher das Schmalz haufenweise lag, ist kein Pfund Schmalz mehr aufzutreiben. In den Detailgeschäften fragt man vergebens nach Schmalz. Es heißt gewöhnlich, daß die Regierung wegen dem Zloty kein Schmalz hereinlassen will. Zloty hin und Zloty her. Das schlesische Volk will leben und das amerikanische Schmalz gehört hier zu dem Massenkonsumartikel, der reichlich vorhanden sein muß, wenn das Volk nicht zur Verzweiflung getrieben werden soll. Die Sanacja moralna verlangt von den Schlesiern Patriotismus und belegt die widerspenstigen Schlesier mit dem Namen „Renegaten“. Wie kann sich das schlesische Volk für ein System erwärmen, das dem Volke die Existenz untergräbt durch unglaubliche Verteuerung und teilweise Sperrung der wichtigsten Nahrungsmittel? Die Arbeiter verlangen die Beseitigung der unglücklichen Anordnungen, wenigstens für Schmalz, Heringe, Reis und Kaffee, die doch die täglichen Nahrungsmittel unseres Volkes bilden.

Aus der letzten Magistratssitzung

Folgende Beschlüsse wurden auf der letzten Magistratssitzung gefaßt: Für die Anschaffung einer Nähmaschine mit elektrischem Antrieb für das städtische Krankenhaus wird ein Geldbetrag bis zu 550 Zloty bereitgestellt. — Die Arbeiten zwecks Anbau der Abortanlage in der Teichschule sind der Baufirma Wawrzyk und Korthale aus Kattowitz übertragen worden.

Anträge verschiedener Bierbrauereien zwecks Erteilung der Genehmigung für die Errichtung eines Bierausschanks im Südpark während der Herbstausstellung wurden mit der Begründung abgelehnt, daß seitens der Bierbrauerei Tichau eine Bierhalle bereits errichtet wird.

Im städtischen Krankenhaus wird ein weiterer Arzt und zwar Dr. Wendlikowski angestellt, welcher speziell als Geburtshelfer in Frage kommt.

Für die Errichtung einer Bibliothek im städtischen Krankenhaus wird ein Betrag von 5000 Zloty ausgeworfen. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung durch die Stadtverordnetenversammlung. — Als Mitglieder der besonderen Vorbereitungskommission, zwecks Bau eines Denkmals für den polnischen Dichter Adam Mickiewicz auf dem früheren Wilhelmsplatz in Kattowitz, wurden Stadtbaurat Sikorski, sowie die Stadträte Ludyga-Laskowski und Franz bestimmt.

Die Gastwirte protestieren

Auf der Verbands-Ausschuß-Tagung der Gastwirte der Wojewodschaft Schlesien wurde zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung genommen. Man sprach sich zunächst gegen den Ankauf und die Führung des Monopol-Czyst- sowie der Monopol-Aushängeschilder zu Reklamezwecken aus, da das Spiritus-Monopolgesetz in der Wojewodschaft nicht bindend ist. Die Gastwirte stützen sich auf verschiedene Entscheidungen des Verwaltungsgerichts und die Tatsache, daß das Gesetz vom Schlesischen Sejm nicht ratifiziert worden ist. Eine Rechtskraft kann das Spiritusmonopol-Gesetz erst erlangen, wenn eine Veröffentlichung im Schlesischen Amtsblatt (Dziennik Ustaw Slonski) erfolgt.

Es wurden alsdann verschiedene Beschwerden entgegen genommen, wonach an die Gastwirte seitens der Finanzbehörde hinsichtlich der Einlösung von Akzisen- und Gewerbepatenten Nachtragsforderungen ergehen. Ausgeführt wurde daraufhin, daß nach einem Rundschreiben der Finanzabteilung diejenigen Gastwirte, welche im Jahre 1926 einen Umsatz bis zu 30 000 Zloty zu verzeichnen hatten, zur Einlösung eines Gewerbepatentes der 3. Kategorie berechtigt waren, sofern anerkannt wurde, daß ihre Existenz durch eine größere, steuerliche Belastung bedroht war. Diese Gastwirte waren zur Einlösung eines Patentes der 2. Kategorie nicht verpflichtet.

Bezüglich des geforderten zweiten Patentes von Gastwirten, welche neben dem Restaurant eine Destille besitzen, wurde beschlossen, sich an das höchste Tribunal in Warschau zu wenden, da angeblich die Auslegung des § 11 der Gewerbeordnung durch die Finanzbehörde nicht folgerichtig ist. Da überdies auf Grund einer Ausnahmeverordnung der Finanzabteilung vom 8. 3. 26 von dem Ankauf des zweiten Patentes Abstand genommen wurde, soll gegen alle ergangenen Strafbefehle, welche wegen Nichteinlösung des zweiten Patentes ergehen, durch den Zentralverband Widerspruch eingelegt werden.

Gegen die Bezahlung der Kellner während der Urlaubszeit sprach man sich aus, da diese durch Entgegennahme der Trinkgelder durch die Gäste bezahlt werden und demgemäß der Gastwirt diese außergewöhnliche Bezahlung nicht gewähren kann.

Schließlich wurde gegen die Erhebung der Umsatzsteuer vom Umsatz einschließlich des 10prozentigen Kellnerzuschlags protestiert. Man will sich auch in dieser Angelegenheit an das höchste Tribunal in Warschau wenden, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Forderungen der Friseure

Eine Regelung der Arbeitszeit, sowie der Lohn- und Urlaubsfrage wird seit längerer Zeit von den Friseurgehilfen angestrebt. Eine diesbezügliche Entscheidung wurde inzwischen durch die Schlichtungskommission gefällt, gegen dieselbe jedoch seitens der selbständigen Friseurmeister auf den einzelnen Sitzungen entschieden protestiert, welche auf die schwierige Lage im Friseurgewerbe hinwiesen, sich gegen die Festsetzung eines Mindestlohnes, die Entlohnung während der Urlaubszeit usw. aussprachen und dieserhalb an maßgebender Stelle intervenierten. Wie es nun heißt, hat der Demobilmachungskommissar die Entscheidung der Schlichtungskommission aus formellen Gründen nicht anerkannt, so daß in der Lohnfrage usw. vorläufig keine Aenderung eintritt. Die Interessenvertretung der Handwerksmeister übernahm in der obigen Angelegenheit das Sekretariat des Innungsverbandes, Sitz Kattowitz.

Ein deutsches Spionagenest in der Kattowitzer Verlagsbuchdruckerei?

Unter der Leitung des Polizeikommissars Brodniewicz wurde vorgestern in den Geschäftsräumen der „Kattowitzer Buchdruckerei und Verlag“ durch Kriminalbeamte eine eingehende Revision vorgenommen, die bis zur Stunde noch nicht beendet sein soll. Gleichzeitig wurden zwei Angestellte dieses Unternehmens, der Buchhalter Erwin Lober, der Chauffeur Kilka sowie der Baumeister Gudermuth, der bauliche Arbeiten für den Verlag ausführt, verhaftet und dem Kattowitzer Gerichtsgefängnis zugeführt. Die Gründe zu der Revision, die auch in den Privatwohnungen mehrerer Angestellten durchgeführt wurde, und den Verhaftungen wurden geheim gehalten. Diese Maßnahmen mußten selbstverständlich berechtigtes Aufsehen erregen, umsomehr, als die polnische Presse sich vollständig ausschwieg. In einem solchen Falle, es betrifft ja ein deutsches Unternehmen, also etwas ungewöhnliches.

Heute jedoch werden die Gründe zu den bereits angeführten Maßnahmen der Polizei offensichtlich, denn die „Polska Zachodnia“ sowie „Polonia“ berichten jetzt, erstere in großer Aufmachung, von der **Aufdeckung eines Spionagenestes**, welches in den Räumen der Kattowitzer Buchdruckerei seinen Unterschlupf hatte und zugunsten Deutschlands arbeite. Als Hauptakteure dieser neuen Spionageaffäre werden der deutsche Reichsangehörige Baumeister **Reinhold Gudermuth**, der Buchhalter **Erwin Lober** und Dr. **Brebek** genannt, von denen die ersten beiden bereits verhaftet sind, während letzterer geflüchtet ist.

*

Gerade in der letzten Zeit, zumal in der Sauregurkenzeit, überbot sich die polnische Presse an Berichten über Spionageaffären, so daß uns die jüngste, die sie uns auftischt, nicht sonderlich überrascht. Aber es fällt uns deshalb auch schwer, ihr einen ernsten Charakter beizumessen. Sich jedoch in Betrachtungen darüber einzulassen, sehen wir als verfrüht an, vorderhand müssen die polizeilichen Ergebnisse abgewartet werden. Außerdem ist damit zu rechnen, daß die amtlichen Stellen, welche die Untersuchung führen, in nicht allzu langer Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach ein diesbezügliches Kommunikat durch den Polizeibericht oder auf einem anderen Wege veröffentlichen werden.

„Freie Kuxe“ in Ost-Oberschlesien

Alle schlesischen Gruben sind auf Grund des alten preußischen Gesetzes von 1865, die noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bestanden, verpflichtet, zugunsten der „Freien Kuxe“ Zahlungen zu leisten. Das Gesetz bezieht sich nicht mehr auf Unternehmungen, die nach dem Jahre 1865 gegründet wurden. „Freie Kuxe“ bedeutet so viel wie Anteilnahme an dem Reingewinn der Gruben durch diverse Institutionen. Zu jenen Institutionen, die berechtigt sind, an dem Reingewinne der Gruben zu partizipieren, gehört die Kirche, die Schule, Spitäler und sonstige Wohltätigkeitsanstalten. Das Gesetz von 1865 hat ihnen das Recht eingeräumt, von den bestehenden Gruben in Oberschlesien die Anteilnahme an dem Reingewinn oder die „Freien Kuxe“ zu verlangen. Die Höhe der Zahlungen zugunsten der „Freien Kuxe“ beträgt $^{1}/_{64}$ des Reingewinnes. Dabei ist der Reingewinn so zu verstehen, daß von den Bruttoeinnahmen alle Verwaltungsunkosten abzurechnen sind. Die Gelder werden aber den Wohltätigkeitsinstitutionen nicht direkt zugeführt, sondern es wird ein Fonds der „Freien Kuxe“ gebildet. Die Verwaltung dieser Gelder steht nach Verordnung des Ministerrates vom 14. Juni 1923 dem höheren Bergamte in Kattowitz zu. Als obere Behörde fungieren die beiden Ministerien für Handel und für Kultus. Eine besondere Kommission bestehend aus zwei Wojewodschaftsbeamten, die vom Wojewoden bestimmt werden, und zwei Beamten des höheren Bergamtes, unter Vorsitz des Wojewoden oder dessen Stellvertreter nehmen jährlich die Verteilung des Kuxenfonds vor. Ein Zehntel des Fonds wurde, bis jetzt für die Kirchenzwecke und neun Zehntel für Schulzwecke, nämlich für Lehrbehelfe der Kinder von Mitgliedern des Knappschaftsvereins in Tarnowitz verwendet. Die Jahreseinnahmen aus diesem Fonds betragen gegenwärtig gegen 200 000 Zloty. Dieser Betrag wäre um 25 000 Zloty höher gewesen, wenn auch die Gruben der „Skarboferme“ die auf sie entfallende Quote zahlen würden. Zur Zeit der deutschen Verwaltung des Landes haben die fiskalischen Gruben zugunsten der „Freien Kuxe“ den auf sie entfallenden Anteil gezahlt. Jetzt ist es anders geworden, obwohl das Gesetz der „Freien Kuxe“ weiterbesteht und alle anderen alten Grubenunternehmungen zahlen müssen. Es muß hervorgehoben werden, daß das ein altes preußisches Gesetz ist, das nur in Ost-Oberschlesien besteht und nur Grubenunternehmungen verpflichtet, die schon vor dem Jahre 1865 bestanden haben. In allen übrigen Landesteilen Polens besteht kein ähnliches Gesetz.

Kattowitz und Umgebung

Zu Tode geprügelt

Am 5. Juli begab sich der etwa 13jährige Schulknabe Max Leschik nach den nahegelegenen Schlackenhalden der Myslowitzgrube, um dortselbst Kohlen zu suchen. Kurze Zeit näherten sich diesem drei junge Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren, welche ihm den Zaun nach dem Werkshof zu überklettern befahlen, um das dortselbst lagernde Alteisen zu entwenden. Unter Drohungen und Schlägen leistete der Knabe Folge, um jedoch auf der gegenüberliegenden Seite seinen Peinigern zu entkommen. L. hatte Pech, wurde von einem der Burschen gefaßt, zu Boden geschleudert und schwer mißhandelt. Nach einer erneuten Flucht gelang es, den Jungen wiederum einzufangen Bald darauf erschienen die beiden anderen jungen Burschen auf der Bildfläche, woselbst sie über Leschik „Gericht“ hielten. Der wehrlose Junge wurde mit einer Eisenstange, ferner mit Füßen und Fäusten arg mißhandelt, so daß dieser blutüberströmt zusammenbrach. Der Schwerverletzte wurde von Passanten aufgefunden und nach dem städtischen Spital in Myslowitz eingeliefert. Einige Tage nach seiner Einlieferung verstarb der Bedauernswerte auf Grund seiner schweren Verletzungen. Nach ärztlichem Befund soll der Tod infolge Gehirnentzündung eingetreten sein. Nach dem weiteren ärztlichen Gutachten soll der Tote arge Verletzungen auf dem ganzen Körper sowie auf dem Kopf davongetragen haben. Die Burschen wurden nächsten Tag durch die Polizei festgenommen. Vor der Ferienstrafkammer in Kattowitz kam diese Angelegenheit am gestrigen Mittwoch zur Verhandlung. Auf der Anklagebank standen die Arbeiter Franz Stuka, Alois Kamenski und Paul Ponczek aus Myslowitz. Die Angeklagten versuchten sich gegenseitig zu beschuldigen, so u. a. beschuldigte St. die beiden Mitangeklagten, daß diese das „Todesurteil“ über den Knaben fällten, wobei K. als „Staatsanwalt“ und P. als „Richter“ unmenschlich auf Leschik einschlugen. Diese wiederum bestritten dies und sagten weiterhin aus, daß St. ganz allein die Schuld an dem Tode des L. trage, wobei sie sich als Unschuldslämmer aufspielten. Der Prozeß wurde nach einer etwa einstündigen Verhandlung auf Antrag der Angeklagten, welche um Vorladung weiterer Entlastungszeugen baten, vertagt. Auch soll der ärztliche Sachverständige, dem seinerzeit die Obduktion der Leiche oblag, vorgeladen werden.

Deutsche Theatergemeinde Kattowitz. Die Aufnahme neuer Mitglieder und die Erneuerung der alten Mitgliedskarte erfolgt bis auf weiteres in dem Geschäftszimmer auf der Johannesstraße 10 („Erholung“), 2. Etage links, Zimmer 14. Die erste Vorstellung — Vortragsabend Irene Triesch — findet bereits am 16. September statt. Um den Andrang in den letzten Tagen zu vermeiden, bitte wir um recht baldige Eintragung in die Mitgliederliste.

Der Cwink-Volksliederabend des Vereins für volkstümliche Vorträge, dessen auserlesenes Programm zusammen mit den Namen des bekannten oberschlesischen Lautensängers Ewald Cwink jedem Freunde des Volksliedes viel Freude bringen wird, findet morgen, Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr, im Saale des Christlichen Hospiz in Kattowitz, Prinz-Heinrichstraße (Jagielonska), statt. Karten zu 2,00, 1,00 und 0,50 Zloty an der Abendkasse.

Versammlung der Arbeitslosen. Die am gestrigen Mittwoch im großen Saale der „Reichshallen“ angesagte Versammlung der Arbeitslosen aus Groß-Kattowitz ist aus unvorhergesehenen Gründen nicht abgehalten worden und wird auf Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags um 3 Uhr, vertagt.

Königshütte und Umgebung

Vom Kriegsverletzten-Fürsorgeamt. Zwecks Registrierung der Kriegerwitwen und -Waisen bezw. deren Pfleger und Eltern, die im Weltkriege ihre Söhne verloren haben, fordert das Kriegsinvalidenamt in Königshütte dieselben auf, sich im Rathaus, Zimmer 51, während den Dienststunden von 9—1 Uhr mittags sich daselbst zu melden, und zwar am Donnerstag, den 8. September mit dem Anfangsbuchstaben A, Freitag, den 9. September B, Sonnabend, den 10. September C, Montag, den 12. Septemter D—F, Dienstag, den 13. September G, Mittwoch, den 14. September H, Donnerstag, den 15. September J, Freitag den 16. und Sonnabend, den 17. September K, Montag, den 19. September L, Dienstag, den 20. September M, Mittwoch den 21. September N, Donnerstag, den 22. September O, Freitag, den 23. September P, Sonnabend, den 24. September R, Montag, den 26. September S, Dienstag, den 27. September Sz, Mittwoch, den 28. September V, Donnerstag, den 29. September W, Freitag, den 30. September Z. Bei der Registrierung sind folgende Dokumente vorzulegen: Rentenbescheid, letzter Postabschnitt der empfangenen Rente, Knappschaftsbuch, wenn Pension bezogen wird, Bescheid der Landesversicherung, wieviel Rente für Waisen oder für das Alter bezogen wird, den letzten Lohnbeutel der Witwe oder der arbeitenden Kinder, Bescheinigung über die polnische Staatszugehörigkeit. Wer sich nicht zur Registrierung meldet, verliert jeglichen Anspruch auf Unterstützung in Geld als auch in natura, wie auch auf ärztliche Hilfe, die von Zeit zu Zeit von der Wojewodschaftsbehörde angeordnet wird. Spätere Meldungen finden keine Berücksichtigung.

Wieviel wird Miete gezahlt? Infolge mehrfacher Anfragen über die Zahlung der Miete sei hiermit mitgeteilt, daß nach dem Gesetz vom 16. Dezember 1926 (Dz. U. Sl. Nr. 29) in der Wojewodschaft Schlesien im Monat September folgende Mietsätze Geltung haben: Bei Wohnungen von 1—2 Zimmern und Küche 85 Prozent der Friedensmiete, bei 2 Zimmern und Küche 95 Prozent, bei 4 Zimmern und mehr 100 Prozent. Darüber hinaus gibt es keine Weisung. Hinzu kommt nur noch das nach Punkten errechnete Wassergeld.

Im Kampf gegen den Fleischwucher. Seit einiger Zeit haben viele unehrliche Viehhändler und Fleischer die Klassifizierung „1 und 2 der Fleischqualitäten“ derart ausgelegt, daß sie oft Fleisch 2. Qualität als 1. Qualität verkauften. Um dieser Uebervorteilung ein Ende zu machen, begab sich vor einigen Tagen eine Abordnung, bestehend aus Vertretern der Magistrate Kattowitz, Königshütte und Myslowitz nach Posen, Warschau und Lodz, um

Um die Winterkartoffelversorgung

Wie bekannt, erfolgt die Belieferung der Belegschaften der Gruben und Hütten mit Winterkartoffeln seit einigen Jahren durch die vom Arbeitgeberverband ins Leben gerufene Kartoffelzentrale in Kattowitz. Es muß zugegeben werden, daß anfänglich die Belieferung eine einigermaßen zufriedenstellende war, die sich im Laufe der letzten Jahre aber so verschlechtert hat, daß in diesem Jahre verschiedene Belegschaften der einzelnen Verwaltungen zur Selbstversorgung schreiten wollten. Und dank dem energischen Wollen, sich endlich einmal von der Kartoffelzentrale freizumachen, beschlossen die Belegschaften der Königshütte. Werkstättenverwaltung, Gräfin Lauragrube u. a., sich schon in den Monaten Juli, August und September Ratenabzüge vom eigenen Lohn machen zu lassen, zu welchen die Verwaltungen einen 50prozentigen Kartoffelvorschuß gewähren wollten. Selbstverständlich haben sich die Verwaltungen mit der Handhabung der Selbsteindeckung einverstanden erklärt, jedoch eine „bandwurmartige“ Klausel in ihre Bekanntmachungen gesetzt, die wie folgt lautet: „... daß die Hauptkommission des Arbeitgeberverbandes nicht etwa anderslautende Beschlüsse faßt, denen wir uns fügen müßten.“ Auf diesen Passus hat man es abgesehen, denn schon am 30. August 1927 erhielten die Betriebsräte der Werke der Vereinigten Königs- und Laurahütte folgendes Schreiben:

Abschrift!

Naczelna Dyrekcja Hut — Tgb.-Nr. 13 362.
L. dz. O. 15 862. — Krol.-Huta, den 30. August 1927.
Odz. Sekretariat — Gleichlautend:
an die Hüttenverwaltung Königshütte,
an die Werkstättenverwaltung Königshütte,
an die Hüttenverwaltung Laurahütte,
an die Hüttenverwaltung Eintrachthütte.

Kartoffelbelieferung 1927.

Unter dem 8. Juli 1927 — O. 10 914 — hatten wir uns damit einverstanden erklärt, daß in diesem Jahre auf die Kartoffelversorgung durch die Kartoffelzentrale Katowice verzichtet wird, und daß dafür allgemein Kartoffelvorschüsse gezahlt werden. Dies geschah unter der Voraussetzung, daß die Hauptkommission des Arbeitgeberverbandes nicht etwa anders lautende Beschlüsse faßt, denen wir uns fügen müßten. Diese Voraussetzung hat sich jedoch nicht erfüllt. Vielmehr **besteht** der Arbeitgeberverband darauf, daß die Kartoffelversorgung der Belegschaften auch in diesem Jahre durch die Kartoffelzentrale Katowice vorgenommen wird, und zwar auf Grund der in der Anlage beigefügten Richtlinien. Nach Lage der Sache müssen wir uns dem Beschluß fügen.

Für den einzelnen Arbeitnehmer bleiben nunmehr zwei Möglichkeiten: Entweder gibt er seinen Bedarf zur Lieferung durch die Kartoffelzentrale auf oder er verzichtet auf eine Belieferung durch die Kartoffelzentrale und nimmt seine Kartoffelversorgung selbst in die Hand, ohne jedoch einen allgemeinen Vorschuß von der Werksverwaltung zu erhalten.

In beiden Fällen kann der einzelne Arbeitnehmer sich die Sparabzüge vom Lohne für die Monate Juli, August und September weiter vornehmen lassen, wodurch er sich die Lage im Herbst zur Zeit der Kartoffellieferung bestimmt erleichtern würde. Nur dürfen wir die zweite Hälfte des Kartoffelgeldes nicht vorauslegen, wie es ursprünglich beabsichtigt war.

Um das Mißtrauen der Arbeitnehmerschaft gegen die Kartoffelzentrale zu zerstreuen, hat sich die Kartoffelzentrale bereit erklärt, einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft in den Vorstand aufzunehmen, der sich laufend davon überzeugen kann, daß dort alles mit rechten Dingen zugeht. Die Kartoffelzentrale wird ihre ganze Kraft darein setzen, um die Belegschaften in diesem Jahre in jeder Beziehung zufrieden zu stellen, sie befürchtet, daß bei einer Selbstversorgung der Belegschaften ein großes Tohuwabohu entstehen würde und daß die Belegschaften in preislicher Beziehung ungünstiger abschneiden würden.

Die Oberhüttendirektion. gez. D. **Kahnert.**

Ein Anhang gibt die Richtlinien bekannt, wonach die Kartoffeln nur zum Selbstkostenpreise abgegeben werden dürfen, ferner darf die Höchstmenge der an die verheirateten Arbeitnehmer abzugebenden Kartoffeln für den Arbeitnehmer selbst, und für jedes in seinem Haushalt lebende Familienmitglied nicht mehr als 4 Zentner betragen. Eine Höchstmenge für das Gesamtquantum wird nicht festgesetzt. Ernährer sind wie Verheiratete zu behandeln. Ledige erhalten weder Kartoffeln noch Geld. Kartoffelvorschüsse dürfen nur denjenigen Arbeitnehmern gegeben werden, die Kartoffeln wegen zu weiter Entfernung ihres Wohnortes vom Arbeitsort nicht abnehmen können. Der Kartoffelvorschuß darf nicht mehr als 1 Zloty je Kopf der Familie betragen und ist nach oben auf insgesamt 50 Zloty begrenzt. Diese Summe darf nicht überschritten werden. Soweit der Arbeitgeberverband und die Richtlinien.

Nun möchten wir uns die Frage erlauben: Kann eine kinderreiche Familie sich für 50 Zloty mit Kartoffeln für den ganzen Winter eindecken? Dieses Kunststück überlassen wir dem schlauen Ausknobler dieser Richtlinien dasselbe uns vorzuzeigen. Oder soll ein elternloser, lediger Mann im Winter keine Kartoffeln essen, weil er ledig ist? Im Grunde genommen riecht die ganze Kartoffelbelieferung nach einer Diktatur, denn, wenn der Arbeitgeberverband darauf besteht, daß die Versorgung durch die Kartoffelzentrale vorgenommen wird, so ist es so. Eine große Zumutung bezw. Naivität ist es, wenn man dem schon zur Genüge ausgepowerten Arbeiter noch Sparabzüge empfiehlt, trotzdem man selbst keinen Vorschuß gewähren will. Oder glaubt man denn, daß der Arbeiter infolge seiner „königlichen Verdienste“ etwas Geld sparen kann? Den Vogel abgeschossen hat jedenfalls der Arbeitgeberverband mit der gnädigen Aufnahme eines Vertrauensmannes von seiten der Arbeiterschaft, um festzustellen, daß dort alles mit rechten Dingen zugeht. Unseres Wissens nach wird sich keine Organisation dazu hergeben, um eines ihrer Mitglieder daselbst hinzuschicken, der dann als Prügelknabe für die anderen herhalten soll; wenigstens werden es nicht die Freien Gewerkschaften tun. — Um allen Beschwerden für die Zukunft zu entgehen, kann den Herren von der Kartoffelzentrale nur die Einhaltung der Bedingungen empfohlen werden, die folgende sind: **Rechtzeitige Belieferung, einwandfreie Speisekartoffeln und angemessener Preis**, oder wenn man dieses nicht ausführen kann, dann lasse man die Hände weg von der Massenbelieferung, und überlasse jedem selbst seine Eindeckung. Auf Grund des diktatorischen Vorgehens des Arbeitgeberverbandes haben die Belegschaften dazu Stellung genommen und beschlossen, sich die Belieferung **noch dieses Jahr** gefallen zu lassen, in der Hoffnung, daß die bisherigen Mißstände behoben werden. So die Gräfin Lauragrube, Werkstättenverwaltung u. a. Nur die unteren Betriebe der Königshütte verzichten auf eine Belieferung durch die Kartoffelzentrale und werden die 50 Prozent Vorschüsse, die die Verwaltungen zahlen sollten, aus den Mitteln der Arbeiter-Sterbeunterstützungskasse zur Auszahlung bringen lassen. Somit hat die diesjährige geplante Kartoffelversorgung eine andere Wendung bekommen.

Börsenkurse vom 8. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 95 zł
		frei =	8.96 zł
Berlin	100 zł	=	46.87 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.35 zł
	1 Dollar	=	8.95 zł
	100 zł	=	46.87 Rmk.

auf den dortigen Viehbörsen die Handhabung des Unterschieds zwischen 1. und 2. Qualität zu studieren und nach erfolgter Rückkehr eine genaue Umschreibung der 1. und 2. Fleischqualität vornehmen zu können.

Errichtung einer neuen Blindenwerkstatt. Infolge der ständigen Zunahme von Aufträgen der städtischen Verwaltungen und auch der Industrie, haben sich die bisherigen Werkstätten an der ulica Glowackiego 5 (Krugstraße) als zu klein erwiesen. Aus diesem Grunde befaßte sich der Magistrat mit dieser Angelegenheit und beschloß, eine neue Blindenwerkstatt in der Nähe des städtischen Krankenhauses in kürzester Zeit einzurichten, wofür 25 000 Zloty bewilligt wurden. Dem Plane nach werden große, luftige Räume geschaffen, in denen auch die Unterbringung von Rohmaterial, sowie für die Fertigfabrikate genügend Raum vorhanden sein wird. Die Aufsicht bezw. der Werkmeisterposten soll mit einer sehenden, fachmännischen Person besetzt werden. Der bisherige Blindenmeister wird als Vertreter beibehalten werden. In den neuen Werkstätten sollen bis 100 Blinde beschäftigt werden, darunter mehrere Kriegsinvaliden, die feinere Korbarbeiten ausführen sollen. Durch diese Einrichtung wird für die Blinden eine dauernde Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen.

Verschwunden. Am 18. August dieses Jahres hat der 32jährige Paul Pyrek aus Königshütte das Elternhaus verlassen und ist bisher nicht zurückgekehrt. Der Verschollene ist geisteskrank. Nachrichten über seinen Aufenthalt sind an die Adresse seiner Mutter nach Königshütte, ulica Mickiewicza 62, zu richten.

Schwere Strafe. Dem Kaufmann **Waschke** aus Bismarckhütte stahl ein gewisser Albert St. aus Schoppinitz im März d. J. zwei Fässer im Werte von 20 Zloty. Dafür verurteilte ihn das Strafgericht in Königshütte zu 3 Monaten Gefängnis.

Helft den Blinden. Der Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit dem Sitz in Königshütte, hat am 1. Juli 1925 eine Sterbekasse ins Leben gerufen, um in Todesfällen den Hinterbliebenen seiner Mitglieder mit einer Begräbnisbeihilfe Beistand zu leisten. Da von den Blinden erklärlicherweise nur ein sehr geringer Monatsbeitrag zu dieser Kasse erhoben werden kann, werden diejenigen unserer sehenden Mitbürger, welche noch ein Herz und Mitgefühl für die des Augenlichts Beraubten übrig haben, herzlichst um einen Beitrag zu der Kasse gebeten. Einzahlungen nimmt die Stadtsparkasse in Krol. Huta (Sparbuch Nr. 493) entgegen. — Ferner unterhält der Blindenverein im städtischen Dienstgebäude an der ul. Glowackiego 5 eine Werkstatt, in welcher arbeitslose und mittellose blinde Stuhlflechter, Korbmacher und Bürstenmacher beschäftigt werden. Er kann dieser schönen und dankenswerten Aufgabe aber nur dann voll gerecht werden, wenn seitens der Bürgerschaft recht viel Arbeitsaufträge beim Verein eingehen. Der Verein bittet daher, ihn in seinen sozialen Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ihm reparaturbedürftige Stühle und Körbe aller Art zur Reparatur zugewiesen werden. Ebenso werden auch Aufträge auf neue Korbwaren und Bürsten entgegengenommen, desgleichen Aufträge auf Stimmen und Reparatur von Klavieren. Helft den Bedauernswertesten unserer Mitbürger zu Verdienst und Ablenkung!

Siemianowitz

Altweibersommer

Die feinen, spinnenfädenartigen Gebilde, die umherfliegen, wenn die Sonne mit ihrem Lichte im Herbste die Natur vergoldet, leiten den Altweibersommer ein. Man vergleicht da den Spätsommer oder den Frühherbst mit der spät aufglühenden Liebe älterer Frauen, weshalb man in der Schweiz von einem „Witwensommer“ spricht. An vielen Orten sagt man „Martinisommer“. All diesen Bezeichnungen entspricht der „Indianersommer“ Nordamerikas, eine heitere, trockene Jahreszeit in den Monaten Oktober, November Man nannte ihn so wegen des häufigen Höhenrauches, den man auf die von den Indianern angelegten Prärienbrände zurückführte. Andre Namen für die feinen, weißen Spinnfäden, die an schönen Herbsttagen Stoppelfelder, Gebüsch und Gras überziehen oder in der Luft schweben, sind: Sammetseide, Marienfäden und „fliegender Sommer“. Woher stammen die weißen Fäden? Sie rühren von den jungen Krabbenspinnen her, die meterlange Fäden in die Luft schießen, und sich an ihnen zu einem passenden Winterquartier forttragen lassen. Um den Boden zu erreichen, wickeln sie den Faden zu einem Flöckchen auf. So redet die Wissenschaft. Die Sage aber und die Legende wissen die Herkunft der Fäden anders zu deuten. Die vielen Geschichten, die über den Altweibersommer im Umlauf sind, zeigen zwei Grundformen. Die eine erzählt von einer faulen Tochter, die nicht gern spinnen wollte, deshalb von der Mutter verwünscht und in den Mond gesetzt wurde, wo sie nun ewig spinnen muß und die Gespinste hinaus in die Lüfte fliegen läßt. Die andre Sage erzählt, daß, als Maria gen Himmel fuhr, böse Geister kamen und dies verhindern wollten. Es gelang ihnen aber nur, Maria den weißen Mantel zu entreißen und ihn unter Spott davonzutragen. Das sehen die Winde, kamen mit Macht herbei, entrissen den bösen Geistern den Mantel, der dabei in feine Fäden zerrissen wurde, die seither als Marienfäden durch die Welt wandern.

Myslowitz

Die Myslowitzer Flüchtlinge unter sich

Die Gruppe der Myslowitzer Flüchtlinge hat sich zuerst gegen die rechtmäßige Leitung aufgelehnt und ist mit fliegenden Fahnen in das Korfantylager übergegangen. Sie hat auch ihre Vertreter in die Konferenz **Gralla** geschickt und führte einen Kampf gegen Kupilas. Noch auf dem letzten Verbandstage trat der Vorsitzende, Fleischer Trotzer, von der Myslowitzer Gruppe sehr heftig gegen die Sanacja moralna auf, wozu er von seiner Gruppe ermächtigt wurde. Da tauchte plötzlich das Gerücht auf, daß der schlesische Wojewode für die Flüchtlinge Geld aus Warschau gebracht hat und das Geld zur Verteilung gelangen wird. Beteiligt werden diejenigen, die dem Kupilasverbande angehören. Wie auf Kommando segelte die Myslowitzer Flüchtlingsgruppe vom Korfantylager in das Lager der Sanacja moralna zurück. Nachdem sich Herr Trotzer dem Frontwechsel wiedersetzte, wurde er zuerst aus dem Saale und dann aus der Gruppe ausgeschlossen und an seine Stelle der bisherige Obmann-Stellvertreter, Herr **Kotulla**, zum Filialleiter gewählt. Die Filiale faßte noch den Beschluß, daß sie sich von Gralla und Trotzer mit „Verachtung“ abwende. Wenn man bedenkt, daß der zweimalige Front- und Gesinnungswechsel der Myslowitzer Filiale der Flüchtlinge dem Gelde wegen erfolgt ist, so kann man sich über die Gesinnungsfestigkeit der hiesigen Flüchtlinge schon ein Bild machen.

Ein gerissener Kaufmann

Von der Giesche Spolka Akcyjna erhalten wir zu dem unter obiger Abschrift veröffentlichten Artikel in unserer Ausgabe vom 20. Juli nachstehende Berichtigung:

„Es entspricht nicht der Wahrheit, daß wir mit dem Kaufmann Schleifmann eine Abmachung des Inhalts getroffen haben, wonach alle auf unseren Werken beschäftigten Arbeiter in unseren Werkskassen Bons erhalten und gegen diese Bons im Warenhaus Schleifmann Ware gegen Kredit beziehen dürfen. Es entspricht ferner auch nicht den Tatsachen, daß dann ein Lohnabzug der kreditierten Beträge durch unsere Dienststellen vorgenommen wird.

Tatsache ist vielmehr, daß der Betriebsrat die den Arbeitern von Schleifmann kreditierten Beträge unmittelbar von den Arbeitern einzieht und an Schleifmann abführt.

Giesche Spolka Akcyjna
gez. ppa. Dr. Englisch. gez. i. V. Witalinski.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Aus der Vergangenheit der Bismarckhütte

Die heutige Bismarckhütte oder Wielkie Hajduki, wie der Ort bereits seit 1922 heißt, setzt sich aus den beiden Orten: Ober- und Niederheiduk zusammen. Im Jahre 1780 zählten beide Orte 122 Einwohner zusammen. Im Jahre 1825 zählte Oberheiduk 219 und Unterheiduk 171 Einwohner. Im Jahre 1840 zählte Oberheiduk 590 und Unterheiduk 272 Einwohner, zusammen also 862 Einwohner oder um 84 Einwohner mehr als Königshütte, die im Jahre 1840 778 Einwohner zählte. Die Entwicklung der beiden Orte ging vor der Anlegung der Bahnstrecke Breslau—Myslowitz und dann der Bahnstrecke Schwientochlowitz—Königshütte sehr langsam vor sich. Im Jahre 1861 zählte Oberheiduk 635 und Niederheiduk 657 Einwohner. Erst als im Jahre 1872 das Hüttenwerk unter dem Namen Kattowitzer Aktienverein Eisenhütte gegründet wurde, da ging die Entwicklung der beiden Orte sehr rasch vor sich. Das Hüttenwerk wurde im Jahre 1893 mit dem Namen Bismarckhütte getauft. Die Entwicklung des Werkes ging rapid vor sich. Als es gegründet wurde, beschäftigte es 500 Arbeiter, im Jahre 1900 beschäftigte es bereits 3000 Arbeiter, im Jahre 1906 7000 Arbeiter und im Jahre 1922 annähernd 22 000 Arbeiter. Das Hüttenwerk gehört neben der Königshütte zu den größten Werken in Ost-Oberschlesien.

Die beiden selbständigen Gemeinden Ober- und Niederheiduk haben sich mit dem Wachstum des Werkes derart entwickelt, daß sie direkt ineinander gewachsen sind. Durch ein königliches Dekret vom 12. Januar 1903 wurden beide Gemeinden vereinigt und nach dem Namen des Werkes — Bismarckhütte — benannt. Die Gemeinde zählte damals 18 000 Einwohner. Seit dieser Zeit ist die Entwicklung des Ortes fortgeschritten. Im Jahre 1926 zählte die Gemeinde 27 834 Einwohner, darunter 26 714 Katholiken, 1004 Protestanten, 101 Juden und 15 Dissidenten.

Wie bereits ausgeführt, ist das Hüttenwerk Bismarckhütte das zweitgrößte Werk in Ost-Oberschlesien, besitzt das größte Walzwerk von allen Hüttenwerken, Schienen, Rohr und Eisenabguß. Während des Weltkrieges fabrizierte das Werk Munition.

Banditenüberfall. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch befand sich ein der Salzgroßhandlung Lebioda aus Kattowitz gehörendes Wagengespann auf dem Heimwege von Eintrachtshütte. In der Nähe von Schwientochlowitz wurde das Gefährt plötzlich mit einem Steinhagel empfangen. welcher die Insassen, den Kassierer dieser Firma, Sadlo, sowie dem Kutscher, schwere Verletzungen beibrachten. Darauf wurde der Wagen von vier Banditen zum Halten gebracht, welche diesen sowie die beiden Insassen einer gründlichen Untersuchung vornahmen. Eine Ledermappe, in der sich 3000 Zloty befanden, beachteten sie anfänglich nicht und in der Zwischenzeit, da der Kassierer bereits durchsucht war und die Revision des Wagens begonnen wurde, gelang es diesem, fast das ganze Geld in seinen Taschen unterzubringen. Erst dann fanden die Banditen die Mappe und suchten mit ihr das Weite. Nicht lange darauf nahm die alarmierte Polizei die Verfolgung auf.

Pleß und Umgebung

Autounfall. Ein Lastauto aus Schwientochlowitz fuhr am Sonntag gegen eine Barriere der Eisenbahnbrücke Tichau—Emanuelssegen. Das Auto war mit Ausflüglern besetzt. Die Schranke wurde zerbrochen. Das leicht beschädigte Auto konnte mit den erschrockenen Insassen bald weiterfahren.

Ein Brandstifter verhaftet. Am 4. d. Mts. brach in dem Wohngebäude des Stellenbesitzers Kien in Jaschkowitz Feuer aus und vernichtete die gesamte Wirtschaft. Der Schaden, der sich auf etwa 18 000 Zloty beläuft, ist durch Versicherung gedeckt. Wie festgestellt wurde, liegt Brandstiftung vor. Schon nach wenigen Stunden konnte der Täter gestellt und verhaftet werden

Wagemutige Fliegerinnen

Flugabenteuer vor fünfzig Jahren.

Bei einem Flug durch einen Brückenbogen hätte die mutige Fliegerin Thea Rasche unlängst beinahe ihr Leben eingebüßt. Solche, Todesverachtung zeigenden, „fliegenden Frauen" hat es schon in jenen, uns so fern liegenden Zeiten gegeben, in denen sich das Flugwesen auf den Freiballon erstreckte. So manche Frau stieg mit dem von seinen Fesseln befreiten Ballon auf, ohne auch nur die geringste Macht zu besitzen, ihn so zu lenken, wie sie vielleicht — die Männer zu lenken verstand. Ballast und Reißleine waren ihre einzigsten primitiven Mittel, ihr Flugwerkzeug zum Steigen oder Niedergehen zu zwingen. Bei diesen Ballonflügen und bei den Fallschirmabstürzen, die in den 70er und 80er Jahren vorigen Jahrhunderts sich ungeheurer Beliebtheit erfreuten, fand so manche Fliegerin ihren Tod.

Ein besonders gefährliches Luftabenteuer.

bestand im Jahre 1875 die junge Frau des Pariser Luftkapitäns Druof. Dieser Luftschiffer verschaffte sich dadurch seinerzeit eine große Volkstümlichkeit, daß er im Jahre 1871 bei der Belagerung von Paris als einziger eine Zeitlang den Eingeschlossenen den Verkehr mit der Außenwelt zu verschaffen vermochte. Nach dem Kriege gab Duruof mit seiner jugendlichen Frau in ganz Frankreich „aerostatische Vorführungen", und am 31. 8. 1875 sollte der Flug Calais—Dover vor sich gehen.

Eine ungeheure Zuschauermenge hatte sich eingefunden, der Ballon war bereits gefüllt, und das Luftschifferpaar wollte die geplante Reise über den Kanal antreten, obschon das Wetter denkbar ungünstig war und der Wind beharrlich aus Südwesten blies. Da griff der Bürgermeister von Calais ein;

er verbot kurzerhand den Aufstieg.

Das Ehepaar Duruof widersetzte sich zwar — besonders energisch die junge Frau —, aber das Machtwort des „Maire" galt mehr als der Wille einer Todesverächterin. Das Publikum, das bereits sein Eintrittsgeld bezahlt hatte, verlief sich auch ohne Murren. Als sich die Duruofs jedoch im Gasthof an die damals so beliebte lange „Table d'hote setzten, flog von einer Seite die höhnische Bemerkung, die Luftschiffer verstünden es anscheinend besser, mit dem Gelde, als mit dem Ballon durchzugehen.

Sofort sprang die jugendliche Kapitänsfrau zornsprühend auf, zog ihren Mann mit, und lief aus dem Gasthof direkt auf den Platz vor der Mairie hin. Dort schwebte noch der Ballon in der Luft. In aller Eile befestigten sie die Gondel, stiegen, wie sie gingen und standen, ohne Instrumente und warme Kleider, hinein, und

die Frau zerschnitt mit einem scharfen Messer den Haltestrick.

Ehe sich die Hunderte von Augenzeugen von ihrer Verblüffung erholen konnten, und bevor der Ortsgewaltige überhaupt etwas davon erfuhr, schwebten sie — es war 8 Uhr abends — bereits hoch in den Lüften, einem unbestimmten Ziel entgegen.

Abenteuerlich wie der Aufstieg, war auch die Fahrt der mutigen Frau und ihres Gatten. Um 6 Uhr früh wurden beide in fast bewußtlosem Zustande unweit Grimsby von der Mannschaft einer englischen Fischerbarke gesichtet und ans Land geschafft, wo sie von der Bevölkerung aufs sorgfältigste gepflegt wurden. Sie hatten in den zehn Stunden ihres Verweilens in der Luft und im Wasser Schreckliches durchgemacht. Die leichtgekleidete Frau war schon vor Einbruch der Nacht vor Kälte fast erstarrt und der Kapitän selber litt furchtbar unter Durst, da er nicht einen Tropfen Trinkwasser bei sich hatte. Gegen 4 Uhr morgens bemerkten sie ein Schiff unter sich und versuchten, sich herabzulassen, doch der halbgeleerte Ballon schlug um. Er wurde ein Spielball der aufgeregten Wogen, während die Gondel im Wasser schleifte. Mit der Rechten hielt sich Duruof an den Stricken, während er mit der Linken seine Frau fest umklammert hielt um sie vor dem Versinken zu bewahren. Ueber zwei Stunden kämpften sie so mit den Wellen und mit dem Tode, bis sie endlich aufgefischt wurden.

Ein Jahr Kirchenstreik

Der Kampf um die Republik in Mexiko

Mexiko, Ende August.

Mexiko, das Land der Kirchen und des fließenden Petroleums, hat in diesen Augusttagen ein denkwürdiges, in seiner reichen Geschichte beispiellos dastehendes Jahr abgeschlossen. Ein Jahr ist es her, daß Mexikos 5000 Kirchen verlassen stehen, Mexikos Priester ihren Pflichten nicht mehr nachkommen. Ein Jahr, seit auf Anordnung der hohen Geistlichkeit Religionshandlungen in Mexiko aufgehört haben und das religiöse Leben einer Bevölkerung, die zu mehr als 90 Prozent katholisch ist, äußerlich sein Ende gefunden hat. Seit einem Jahre ist der „mexikanische Kulturkampf", seit Jahrzehnten latent, in eine Phase akuten Kampfes eingetreten.

Im Frühjahr 1926 erschien wie ein Blitz aus heiterem Himmel eine Erklärung der mexikanischen Kirchenfürsten gegen die kirchlichen Bestimmungen der Verfassung des Jahres 1917; man wollte nicht mehr und nicht weniger als eine Verfassungsänderung. Diese Erklärung, zu der kein direkter Anlaß vorlag, mußte um so befremdender wirken, als sie gerade in die

beginnende Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten

über die Petroleumgesetzgebung fiel und von der mexikanischen Regierung als „geweihter" Dolchstoß in den Rücken empfunden werden mußte. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Kurzerhand entschloß sich die Regierung Calles, die religiösen Verfassungspunkte, die bisher nicht viel mehr als tote Buchstaben gewesen waren, voll anzuwenden und entsprechende Ausführungs- und Strafbestimmungen zu erlassen. Der wesentliche Punkt dieser „ley reglamentaria" war die verlangte Registrierung der Geistlichen bei den städtischen Behörden. Dazu erklärte die Kirche, eine solche Maßnahme widerspreche ihrer Autorität und käme de facto der Anerkennung der mexikanischen Regierung als der höchsten Gewalt in Religionsfragen gleich: damit wäre die religiöse Freiheit bedroht und der Bestand der „allein selig machenden" Kirche in Mexiko ernstlich gefährdet. Im Gegensatz dazu hat die Regierung immer wieder betont, sie handele bei der Inkraftsetzung dieser Bestimmungen nur im Sinne der Verfassung; nichts liege ihr ferner, als der Kirche Hindernisse bei der Ausübung religiöser Funktionen in den Weg zu legen. Da keine Seite nachgab, ordnete die Hierarchie die Einstellung aller religiösen Akte an, wohl von dem jesuitischen Gedanken geleitet, mit der Entziehung „geistiger Nahrung" die Massen gegen die Regierung aufzureizen und sie so zum Einlenken zu zwingen. Aber diese Erwartung ist bisher bitter enttäuscht worden.

Interessierte Kreise versichern der Welt natürlich immer wieder, dieser „Kulturkampf" sei dem mexikanischen Volke von seiner Regierung aufgezwungen worden; die Bestimmungen der Verfassung dienten nur der Knebelung der individuellen Freiheit und insbesondere der Schwächung der katholischen Kirche. Wer den Dingen tiefer auf den Grund gegangen ist, weiß, um was es sich bei diesem 75jährigen latenten Kampf zwischen Regierung und Kirche in Mexiko handelt. Was wir heute erleben, ist eigentlich nur eine Neuauflage dessen, was mit dem Jahre 1857 begann. Damals nationalisierte die in diesem Jahre angenommene mexikanische Verfassung die

enormen Kirchengüter in Mexiko,

die bis dahin fast zwei Drittel des gesamten Territoriums umfaßt hatten. Gewarnt durch Erfahrungen in vergangenen Jahrzehnten schränkte diese Verfassung die Tätigkeit der katholischen Kirche im Lande scharf ein und legte ihrer Aktivität auf politischem und Erziehungsgebiet straffe Zügel an. Die Folge war der Ausbruch der Religionskriege. Am Ende blieb Juarez, der Besieger Maximilians, auch Sieger über die Kirche und setzte die Verfassung in die Tat um.

Dann schlug das Pendel nach der anderen Seite. In den 34 Jahren der Diktatur Diaz wurden die Religionsartikel der Verfassung völlig achtlos gelassen. Die Kirche hatte bald auf Kosten der Massen ihre frühere Stellung wieder erobert. Als dann im Jahre 1910 die große Revolution ausbrach, hatte ebenfalls niemand mehr Zeit, auf das Religionsproblem zu achten Erst im Jahre 1917 entsann man sich seiner wieder und nahm die religiösen Bestimmungen der alten Verfassung in das Verfassungswerk, und zwar in verschärfter Form auf. Dennoch blieb es erst dem Präsidenten Calles vorbehalten, die Verfassung auch in diesem Belange durchzusetzen und der Welt zu beweisen, daß man hierzulande bemüht ist, ein für allemal die Vorrechte herrschender Klassen zu beseitigen.

In katholischen Kreisen glaubte man, daß die

Neuwahlen des nächsten Jahres

manches zugunsten der Kirche ändern werden. Nach alledem was in Mexiko vorgefallen ist, muß man sich solchen Behauptungen gegenüber skeptisch verhalten. Jeder Präsident wird heute in Mexiko gezwungen sein, für die Durchführung der Verfassungsbestimmungen zu sorgen und den veränderten Tatsachen unseres Jahrhunderts voll Rechnung zu tragen, und wenn auch gerade auf mexikanischem Boden das Prophetentum der undankbarste Beruf ist, so kann man doch eines mit voller Sicherheit sagen: Die Rückkehr zu alten Zeiten, alten Herren und alten Systemen ist heute nicht mehr ohne weiteres möglich.

Das Paradies der Schmuggler

Estländische Strandbilder.

„Schmuggelei ist die Königin aller Gesellschaftsspiele", sagt Mark Twain. Außerdem ist sie natürlich auch ein Beruf — und zwar kein leichter. Der moderne Schmuggler muß alle körperlichen und geistigen Fähigkeiten, die ein Kinoheld meist nur zu maskieren braucht, in möglichst vollkommenem Maße besitzen, um

die neuen verfeinerten Kampfmethoden,

die gegen ihn angewandt werden, zu schlagen.

Es hat immer Länder und Gegenden gegeben, deren Bewohner mit besonderer Liebe dem Schmuggel zugetan waren, und dabei braucht man durchaus nicht gleich an die romantisch kostümierten Pascher in den Bergen und an den zerklüfteten Küsten Spaniens und Italiens oder die mit allen Errungenschaften der modernen Technik ausgestatteten „bootleggers" zu denken.

Im kleinen, sich im Norden verlierenden Estland wurde der Schmuggel von jeher mit viel Geschick betrieben und dazu in einem Maße, daß angesichts der geringen Bevölkerungszahl des Landes — ungefähr 1 200 000 — entschieden „alle Hochachtung" verdient. Der Este ist, ebenso wie seine skandinavischen Nachbarn,

ein kühner, passionierter Seeman,

was scheinbar schon an und für sich zum Schmuggel prädestiniert. Auf den Schiffen aller Nationen befinden sich estische Seeleute im Dienst und lernen das Seefahren ebenso gründlich wie das Schmuggeln.

Schon unter russischer Herrschaft blühte an der estländischen und livländischen Küste insbesondere der Alkoholschmuggel. Nicht nur berufliche Schmuggler befaßten sich damit, sondern auch biedere Kapitäne solider Handelsschiffe setzten hin und wieder ein Boot aus, das gut gedichtete Fässer mit Kognak, Whisky, Portwein und anderen schönen Dingen an bestimmten, zwischen ihnen und ihren Abnehmern, den Schmugglern vereinbarten Stellen ins Meer versenkte, wenn die sofortige Uebernahme auf See nicht möglich war. Gezahlt wurde immer ehrlich! — Fast alle Schiffe, die diese Küste berührten, führten Schmugglerware an Bord, die im Hafen von Vertrauenspersonen übernommen wurde, wobei der kaiserlich-russische Zoll gegen eine recht bescheidene Provision beide Augen zudrückte. Damals gab es ja noch keine hohen Prämien für die Entdeckung von Schmugglerware...

Besonders die Fischer von Kühno, einer im Rigaischen Meerbusen in der Nähe der Stadt Pernau gelegenen Insel, sind von jeher als Schmuggler berühmt und berüchtigt, und vollbringen in ihren kleinen seetüchtigen Booten

manche echte „Wikingerfahrt".

In selbiger Stadt Pernau passierte eines Tages folgendes: Ein des Schmuggels stark verdächtiger Dampfer läuft in den Hafen ein. Die Zollbeamten wollen auch die Deckladung in Augenschein nehmen. Dienstfertig rollen die Matrosen zu diesem Zweck ein „leeres" Faß heran und legen ein Brett darauf, um das Hinaufsteigen zu ermöglichen. Kaum haben die Beamten das Schiff verlassen, tritt das „leere" Faß eine muntere Fahrt in die Stadt an und — feinste Brüsseler Spitzen und Seidenwaren sind wieder einmal recht wohlfeil zu haben...

Während des nach Zusammenbruch des Zarenreiches entbrannten Krieges mit Sowjetrußland und noch lange danach, als allgemeine Warenknappheit in Estland herrschte, gelangte der Schmuggel zu hoher Blüte. Matrosen, und nicht selten auch Offiziere der im Revaler Hafen liegenden ausländischen Kriegs- und Handelsschiffe überschwemmten Reval mit geschmuggelten Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Tabak und Alkohol; natürlich wurde auch Valuta geschmuggelt.

Das es auch in Kokain- und Morphiumschmuggel nach Sowjetrußland in ausgiebigem Maße gab, sei ordnungshalber erwähnt, da kein „ehrlicher" Schmuggler sich mit derlei Dingen zu befassen pflegt.

Heute steht Estland

im Zeichen des Spritschmuggels.

Die Veranlassung dazu ergibt sich erstens aus der Nachbarschaft mit dem „trockenen" Finnland (als Sowjetrußland noch trocken war, gingen beträchtliche Mengen Spiritus meist als „Diplomatengepäck" auch dorthin), und zweitens aus dem wegen Staatsmonopols verhältnismäßig hohen Preise für estnischen Spiritus; daher wird mit Vorliebe deutscher Sprit nach Estland, dem eigentlichen „Lande der Kartoffeln und des Spiritus", geschmuggelt, sowohl für den Inlandsverbrauch als für den „Export" nach Finnland. Die Fäden der bekannten Stettiner Spritschmuggelaffäre reichen mittelbar oder unmittelbar sicherlich auch nach Estland hinüber.

In Estland findet man auch unzünftige „Amateure" des Schmuggelsports. Beim Ausflug eines estländischen Frauenvereins nach Helsingfors fiel den Revaler Zollbeamten

der stattliche Leibesumfang der meisten Damen

auf. Um allfälligen Unannehmlichkeiten aus dem eng befreundeten, „trockenen" Nachbarstatt zu vermeiden, schritt man zur Untersuchung dieser Erscheinung und fand, daß sich fast alle Damen flache gebogene Blechgefäße, wie man sie zu Heißwasserkompressen verwendet, um den Leib gebunden hatten; der Inhalt war natürlich — Spiritus.

Seinerzeit erhoben die finnischen Fliegeroffiziere Einspruch dagegen, daß ihre estnischen Kollegen mehrmals täglich mit Sprit beladen auf dem Militärflugplatz von Helsingfors landeten. Kürzlich entdeckte man Spiritus im Gewehr eines Jägers; besagtes Gewehr war natürlich keins, sondern nur eine sehr vollkommene Nachbildung eines solchen. Jährlich werden Trawlerflottillen ausgesandt, die den Meeresboden nach Spiritusfässern absuchen und stets mit reicher Beute heimkehren. Die Schmugglerprozesse haben kein Ende, zuweilen sind auch Zollbeamte mitverwickelt — und manchmal finden regelrechte Feuergefechte zwischen Schmugglern und der Küstenwache statt, was in Estland eine Neuerscheinung ist, die es vor dem Kriege nicht gab.

Da man jetzt in Estland den Schmuggel mit allen Mitteln bekämpft — unvergleichlich schärfer als zur russischen Zeit — wehren sich auch die Schmuggler mit allen Mitteln. Aber ihren Beruf geben sie nicht auf — können es einfach nicht. Es liegt im Blut — bei den meisten, jedenfalls bei denen, die von der Küste stammen... Es wird wohl auch sonst in der Welt kaum Menschen geben — besonders Frauen —, die nicht größere oder kleinere Schmuggelsünden auf dem Gewissen hätten. Schmuggelei ist eben „die Königin aller Gesellschaftsspiele".

Er wartet noch immer

Die erschütternde Geschichte eines Goldgräbers.

Als Paul Evander vor nunmehr fünfzig Jahren in Seattle im Staate Washington wohnte, ging es ihm schlecht, er hatte wenig Arbeit und wußte beim besten Willen nicht, wie er seine Frau und die beiden kleinen Kinder rechtschaffen durchbringen sollte. Daher faßte er

eines Tages den Entschluß, Goldgräber zu werden

und nach Afrika auszuwandern; Frau und Kinder ließ er zurück und versprach ihnen, wiederzukommen, sobald er ein Vermögen verdient haben werde. Und Frau und Kinder versprachen auch zu warten. So zog er also nach Mafeking, wo er sich niederließ und Tag für Tag Hacke und Schaufel in die Erde stach, um Gold zu finden.

Evander hatte Glück! Nicht so rasch, wie er sich das vielleicht gedacht hatte, aber immerhin. Es dauerte zwar vier Jahre, doch es soll ja Goldgräber geben, die ein Menschenalter vergebens nach dem goldenen Staub gegraben haben. Vier Jahre lang schickte er seiner Frau die paar Pfennige, die er mühselig erarbeitete, damit sie leben konnte, vier Jahre lang schrieb er ihr beruhigende und aufmunternde Briefe, vier Jahre lang antwortete sie, daß sie warten werde und daß sie sich freue, ihn bald wiederzusehen.

Und eines Tages kam das Glück!

Evander fand eine Goldmine, groß genug, ihn über Nacht zum Millionär zu machen. Er verkaufte sie und zog als reicher Mann heim. Vorher aber telegraphierte er nach Seattle:

„wir sind reich stop freut euch mit mir stop morgen reise ich ab und bin bald bei euch stop paul."

Einige Wochen später landete er wohlbehalten in Seattle und begab sich sofort in seine Wohnung, aber da war niemand. Alle Stuben waren leer und völlig ausgeräumt, von Frau und Kindern keine Spur. Er rannte zu den Nachbarn, zur Polizei, aber niemand konnte ihm Auskunft geben, einige wollten vor Wochen einen Möbelwagen vor dem Hause haben stehen sehen, aber etwas Genaues war nicht zu erfahren, und die Polizei, bei der damals noch kein Meldezwang bestand, war gänzlich hilflos in derlei Angelegenheiten, da ja jeder Mensch, der nichts Böses tat, gehen konnte, wohin er wollte.

Evander, dem Wahnsinn nahe, erließ einen Aufruf nach dem anderen in den Zeitungen, setzte hohe Belohnungen aus für die Auffindung seiner Familie,

forderte seine Frau auf, zu ihm zurückzukehren,

da er jetzt reich sei und sie auf Händen tragen wolle. Er übergab der Polizei große Summen, um den Fahndungsdienst auszudehnen, vergebens. Er erhielt nie eine Antwort, keine Nachricht, nichts!

Langsam verwirrte sich sein Geist. Er siedelte nach Birmingham im Staate Alabama über also in den Südosten von Amerika.

Seitdem lebt er dort und hat nie eine andere Lebensaufgabe gekannt als die, seine Familie wiederzufinden. Noch heute erscheinen die verzweifelten Aufrufe in den Zeitungen, noch immer setzt er Belohnungen aus für den, der ihm seine Frau und die beiden kleinen Kinder wiederbringt. Er spricht und schreibt immer nur von den „kleinen" Kindern, obwohl diese, wenn sie noch lebten, bereits über fünfzig Jahre alt sein müßten.

Jetzt ist er ein Greis von mehr als 80 Jahren. Von der Frau aber hat er nie wieder etwas gehört. Und doch weiß man etwas von ihr, doch keiner hat es je gewagt, dem alten Manne etwas darüber mitzuteilen.

Das Schicksal dieser Frau

ist nicht minder arg gewesen, als das ihres Mannes, der auf der Suche nach ihr den Verstand verloren hat. Damals, als sie noch jung war, hat sie vier Jahre auf ihn gewartet, aber er kam nicht. Dafür kam ein anderer und bat sie, seine Frau zu werden. Sie ging mit ihm, und zwar gerade in den Tagen,

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

als ihr Mann in Afrika die große Goldmine entdeckte. Der andere war ein Trinker, sie verkam mit ihm und starb früh, nachdem sie sich abgezehrt hatte, weil sie ihrem richtigen Gatten nichts von ihrer Schuld zu beichten wagte, und weil sie wußte, daß sie in Wohlstand leben könnte, wenn sie dem andern nicht gefolgt wäre. Die Kinder sind entweder auch schon längst tot oder aber wissen nicht, daß ihr Vater Millionär ist und ein Menschenalter bereits nach ihnen sucht.

Fütterung einer Schlange

Von Hans Bauer.

Ich habe mir in diesen Tagen die Fütterung einer Schlange angesehen. Dies eine Mal habe ich es getan und bereue es nicht. Aber ich tue es kein zweites Mal. Gar nicht so sehr meiner Nerven wegen, die etwa überempfindlich wären, als vielmehr, weil ich keine Lust dazu habe, mich von der Natur überflüssigerweise ein zweites Mal darüber belehren zu lassen, daß die Abwicklung der Schöpfungsmaschinerie auch mit dem Mittel der blutigen Grausamkeit betreibt.

Unbewegt lag die Schlange in ihrem Glasgehäuse. Stierte mit ihren entsetzlichen gelben Augen, die ganz starr und eisigkalt glotzten, in die Zuschauer. Auf ein paar ängstlichen Gesichtern war die Befürchtung zu lesen: Wenn das grauenhafte Tier nun die Scheibe zerschlägt und auf mich zuschießt.

Der Beginn der Fütterung wurde durch das Oeffnen einer kleinen Tür eingeleitet, die sich an der durch Bretter gebildeten Hinterwand befand. Der Wärter schob ein Karnickel in den Glaskäfig der Schlange. Verwundert guckte das um sich. Schnupperte. Schaute mit großen fragenden Augen die Umgebung an. Die Schlange rührte sich nicht. Sie glotzte und glotzte. Das Karnickel setzte sich auf die Hinterpfoten. Leckte mit der Zunge die Vorderpfoten ab. Ein unheimliches Gefühl lag über dem Zuschauerraum. Es ging hier um Tod und Leben. Es ging hier um diesen Tod. Es war ein so ungeheuerliches Mißverhältnis zwischen dem pfötchenleckenden, ängstlich neugierigen, sauberen Karnickel und dieser gelbäugigen, stierenden nassen Schlange.

Alle hatten das Kaninchen gern. Aller Herz war ausgefüllt mit Mitleid. Und es wollten doch alle das Schauspiel dieser Ermordung genießen: und es riß doch in diesem Augenblick in einem wilden, nervenpeitschenden Kampf die Lust am bestialischen Schauspiel alles Gütige in den Zuschauern nieder. Tod und Leben ward ihnen zum Spiel.

Nach einigen Minuten hatte das Kaninchen die Aufmerksamkeit der Schlange in Anspruch genommen. Langsam, ganz langsam hob diese den Kopf. Und aus ihrem Maule züngelte die stricknadeldicke Zunge. Opfer und Mörder lagen sich jetzt gegenüber. Schauten sich Auge in Auge. Aber es kam keine Angst in dem Kaninchen auf. Es äugte eine Weile. Spazierte dann weiter, ohne sich um die Schlange zu kümmern. Die Augen der Schlange folgten. Eine Bewegung zuckte durch ihren Körper. Sie räkelte sich an das Kaninchen heran. Das war inzwischen des Auf- und Ablaufens müde geworden und hatte sich in den Sand gelegt. Minuten vergingen. Das Opfer hatte die Augen geschlossen und schien ruhen zu wollen. Die Schlange bewegte sich nicht.

Hatte sie keinen Appetit? Mochte sie nicht? Da das zu vermuten stand, öffnete sich die Klappe in der Holzwand zum zweiten Male und, um die Freßlust der Schlange anzureizen, schob der Wärter ihr noch ein schwarzes Schweinchen in ihr Gehäuse.

Und da geschah nun etwas von höchster Groteskheit und Tragik zugleich: Das Karnickel, das sich vor der Schlange nicht geniert hatte, fürchtete sich vor dem Schwein und flüchtete vor ihm, seinem Mitopfer und Todesgenossen, bis dicht vor das Maul der Schlange.

Die bildete in diesem Augenblick eine Schlinge und zuckte ihren Kopf, während das Karnickel verängstigt auf das Schwein schielte, mit rasender Schnelligkeit vor und umwickelte das Kaninchen. Das Opfer quiekte einige Male, krampfte sich, wie unter elektrischen Schlägen einige Male zusammen . . . und dann war es still. Nach wenigen Minuten war der Todeskampf ausgekämpft. Die Schlange lockerte die Umwicklung, tastete mit der Zunge nach dem Kopf ihrer Beute und würgte sie schließlich hinab, mit Haut, Knochen und Haaren.

Eine Viertelstunde später war auch das Schwein verschlungen.

Dann legte sich die Schlange wieder unbeweglich, den Wanst von dem Fleisch ihrer Opfer gebläht, auf ihre Steine und glotzte und glotzte. Vierzehn Tage lang wird sie nun wieder verdauen. Dann wird sie wieder erwürgen. Dann wieder verdauen. Und zwischen Ermorden und Verdauen werden die gesegneten Jahrzehnte ihres Lebens verpendeln innerhalb eines Gehäuses von anderthalb Quadratmetern.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 9. September 1927: 16,30—19: Unterhaltungskonzert. 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. 19—19,30: Uebertragung aus Gleiwitz: Abt. Heimatkunde: Paul Kania: Oberschlesische Volkssagen. 19,35—20,05: Stunde der Deutschen Reichspost. 20,15: Deutscher Abend. 22,15: Zehn Minuten Esperanto: Oberstadtinspektor Eduard Pankalla spricht über Bad Kudowa.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Freitag, den 9. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses eine Vorstandssitzung des Bundes statt. Eingeladen sind hierzu der Vorstand und die Delegierten der Kulturvereine.

Versammlungskalender

Pressekommission.

Am Dienstag, den 13. d. Mts., abends 7 Uhr, findet eine wichtige Sitzung der Pressekommission statt.

Kattowitz. (Sozialistischer Jugendbund.) Am 8. September 1927 findet die fällige Monatsversammlung im Zentral-Hotel, Zimmer 15, abends 8 Uhr, statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitbringen.

Kattowitz. („Die Naturfreunde".) Am kommenden Sonntag, den 11. d. Mts., fällt infolge des Arbeiter-Sporttages unsere Tour aus. Wir bitten alle Mitglieder, sich recht zahlreich am Sporttage der Arbeiter-Turner zu beteiligen.

Eichenau. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet bei Jezierowski die fällige Monatsversammlung der D. S. A. P. und der Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt" statt. Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht. Referent: Sejmabgeordneter Kowoll.

Bismarckhütte. (Maschinisten und Heizer.) Am Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, findet bei Paschek eine Mitgliederversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder Pflicht.

Schwientochlowitz. Die Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes und der D. S. A. P. findet am Sonntag, den 11. September, vormittags 9½ Uhr, bei Dulok, Langestraße, statt. Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.

Königshütte. Die Kassierer der Ortsausschüsse werden ersucht, die Beiträge für den Bezirksausschuß des 2. Quartals an den Kassierer des Bezirksausschusses, Kollegen Dzumbla Anton, Krol. Huta, ul. Krzyzowa 2a, sofort abzuliefern.

Königshütte. (Freie Turnerschaft.) Am Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus. Erscheinen aller ist Pflicht.

Königshütte. (Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts.") Am Donnerstag, den 8. d. Mts., findet abends 7½ Uhr im Vereinszimmer des Volkshauses die fällige Mitgliederversammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Vermischte Nachrichten

Pflanzen als Wetterpropheten.

Nach dem Volksglauben sollen gewisse Pflanzen, die man als Wetterpflanzen bezeichnet, die Eigenschaft besitzen, die kommende Witterung zu erkennen und durch Gestaltsveränderungen auch äußerlich kundzugeben. In der Tat kann man an einigen Gewächsen eine außerordentlich feine Empfindlichkeit für den jeweiligen Feuchtigkeitsgehalt der Luft und gleichzeitig damit eine Reaktionsfähigkeit beobachten, die sich durch bestimmte Bewegungen dieser Pflanzen äußert. Die Botanik redet daher geradezu von „Wetterpflanzen". Zu diesen gehören z. B. Gerste, Hafer, Storchschnabel, Geraniazeen) und vor allem die Jerichorose.

Es handelt sich hier meist um die Wirkungen der Feuchtigkeit, die den Saftdruck in den Zellen verändert oder tote Gewebe ungleich schwellen läßt (Jerichorose), teils um solche der Temperatur und des Sonnenscheins. Die Paternostererbse (Arbus precatorius) freilich als Nowacks Wetterpflanze bekannt, kommt hier weniger in Betracht, denn sie ändert ihre Blattstellung erst mit Eintritt der Feuchtigkeit oder des Sonnenscheins, kündet also im voraus nichts an. Dagegen ist auf Regen zu rechnen, wenn der Klee seine Stengel emporrichtet, der gemeine Samenklee (Oxalis acetosella) seine zusammengesetzten Blätter faltet, die Sumpfdotterblume (Caltha palustris) die Blätter zusammenzieht, das gemeine Drehmoos (Funaria hygrometrica) seine gebogenen Kapselstiele streckt, das gelbe Labkraut (Galium verum) sich aufblüht und stark duftet, das Frühlingshungerblümchen (Draba verva) die Blätter herabneigt, die Kastanien ihre Blätter falten und senken, die Birken auffällig stark duften, die Koniferen (Nadelhölzer) sich mit einer grünlichen Haut überziehen usw. Heiteres Wetter steht zu erwarten, wenn die Vogelmiere (Stellaria media), auch Hühner- oder Mäusedarm genannt, und der gemeine Bibernelle (Pimpinella saxifraga) morgens gegen 9 Uhr die Blüten in die Höhe richtet, die Blätter entfaltet und in dieser Stellung bis mittags verharrt, wenn sich der Blütenkopf mancher Arten der Gattung Saudistel (Sonchus) abends zuvor bei Anbruch der Nacht geschlossen hat, wenn das Buschwindröschen (Anemone nemorosa), auch weiße Osterblume genannt, die Blüten aufrecht trägt usw. Beständiges Wetter kündet die Regenringelblume (Calendula pluvialis), wenn sie ihre Blüten morgens zwischen 6 und 7 Uhr öffnet und bis gegen 4 Uhr nachmittags sie entfaltet behält; bleiben sie aber nach 7 Uhr morgens geschlossen, so ist noch vor Einbruch der Nacht Regen zu erwarten. Gewitter steht in Aussicht, wenn die gemeine Robinie (Robinia pseudacacia), gewöhnlich kurz Akazie genannt, und einige Lupinenarten (Wolfs- oder Feigbohne) ihre Blüten schließen. Bei bevorstehender Kälte und Frostwetter pflegt sich die Erle heller zu färben als sie gewöhnlich ist, das Gegenteil tritt ein, sie wird dunkler, wenn Tauwetter bevorsteht.

Es ist dem Naturfreunde leicht gemacht, sich über den kommenden Wetterverlauf zu unterrichten, wenn er ein offenes Auge für die Vorgänge in der Natur hat.

Warum ein Auto? Kauf dir doch einen Straßenbahnwagen!

Ein Gauner, der in den Straßen Warschaus auf Arbeit ausgezogen war, fand ein Bäuerlein, das mit einem Erlös von 3000 Zloty von dem Markt in sein Dorf heimkehren wollte. Die Hitze und der Durst waren groß, und so gingen beide in ein Gasthaus. Dort erzählte der Bauer ganz vergnügt, daß er sich nun bald einen eigenen Wagen werde anschaffen können, um seine Ware selbst zum Markt zu bringen. Da meinte der Gauner, warum er sich nicht lieber einen Straßenbahnwagen kaufen wolle, der brauche keine Pferde und somit auch kein Futter, er fahre in den Schienen ganz von selbst, das Lenken sei ein Kinderspiel. Er selbst sei Direktor der Straßenbahn und wolle dem Bauern einmal einen solchen Wagen zeigen. Sie bestiegen eine Straßenbahn, fuhren damit bis zur Endstation und wieder zurück, und der Bauer war so zufrieden, daß er sich zum Kauf entschloß. Er erlegte seine 3000 Zloty als Anzahlung und erhielt dafür eine Anweisung, sich am nächsten Morgen in der Remise den Wagen Nr. 618 abholen zu dürfen. Als er dann seinen Wagen abholen wollte, gab es natürlich ein großes Hallo, und es bedurfte einer langen Auseinandersetzung, um dem Bauern verständlich zu machen, daß Wagen der städtischen Straßenbahn nicht im Gasthause verkauft werden. Gemeinsam mit der Polizei sucht das Bäuerlein nun nach dem „Straßenbahndirektor".



Werbet ständig neue Leser für den „Volkswille"!





DRUCKSACHEN FÜR DEN GESCHÄFTSVERKEHR

Rechnungen, Quittungen, Briefbogen, Postkarten, Kouverts, Kassablocks, Formulare fertigt in kürzester Frist

„VITA" NAKŁAD DRUKARSKI

KATOWICE, ULICA KOŚCIUSZKI 29 · TELEFON 2097